



Gütersloher Beiträge zur Heimat- und Landeskunde

Vergangenheit und Gegenwart in Wort und Bild

Aus dem Inhalt:

- Gütersloh und die politische Geschichte Westfalens
- Zur Geschichte der Eisenbahn in Gütersloh
- Vor 450 Jahren: Tecklenburger Kirchenordnung für die Herrschaft Rheda
- Die Revolution 1918/19 in Gütersloh
- Ausstellungen und neuer wissenschaftlicher Mitarbeiter im Stadtmuseum
- 120 Jahre Heimatarbeit in Gütersloh
- Zum Gedenken an Karl Meyer – Es geschah in Gütersloh



Ausstellung „SpielZeugen“ im Stadtmuseum.

Foto: Ydo Sol



Jazz-Matinee im Farmhouse Jazzclub Harsewinkel

KREIS GÜTERSLOH

Wo die Erholungslandschaft vor der Haustür liegt und wo man seine Freizeit ganz nach dem eigenen Geschmack gestaltet.

- Dampfkleinbahn „Mühlenstroh“ Gütersloh
- „Flora Westfalica“ Rheda-Wiedenbrück
- „SafariLand/Hollywoodpark“ Stukenbrock
- Freizeitbad „Die Welle“ Gütersloh
- Camping- und Ferienparadies Peckeloh
- Golfen in reizvoller Landschaft
- Surfen auf abgelegenen Baggerseen
- Jazzmusik im Farmhouse Harsewinkel
- Mit dem Heißluftballon auf und davon
- Nostalgiefahrten mit der TWE unter Dampf

Ein freundliches Stück Westfalen am Teutoburger Wald

Kreisverwaltung Gütersloh · 33378 Rheda-Wiedenbrück (Kreishaus) · Telefon (05242) 13-0

Gütersloh und die politische Geschichte Westfalens Hinweise und Anregungen

von Hans Hilbk

Im folgenden Text stellt Hans Hilbk Zusammenhänge der politischen Geschichte Westfalens mit der Gemeinde Gütersloh dar. Weder an eine Geschichte Gesamtwestfalens noch an eine Darstellung von Güterslohs geschichtlichem Weg von den Einzelhöfen bis zur modernen Kreisstadt ist dabei gedacht. Die Redaktion fand diesen Versuch, Lokales und Regionales, Provinzielles und Gesamtstaatliches einander erhellen zu lassen, wichtig für einen Abdruck.

I. Wer von Westfalen spricht, denkt vermutlich zuerst an die 1815 von Preußen errichtete Provinz gleichen Namens, vielleicht auch an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, der, 1953 gesetzlich verankert, das bis dahin selbständig gewesene Land Lippe, historisch zu Recht, in den Raum Westfalen einbezieht. Kaum einer aber denkt an die Gebiete um Osnabrück und Bentheim, um Lingen und um Cloppenburg, obwohl deren Bewohner sich über Jahrhunderte hinweg ebenso als Westfalen gefühlt haben wie die um Bückeburg und Arolsen.

II. Westfalen: das waren mehrere Fürstentümer, zahlreiche Grafschaften, einige freie Reichsstädte und viele andere Herrschaften. Sie verband zwar ein gemeinsames Westfalenbewußtsein. Sie haben sich aber nie zu einer politischen Einheit, zu einem eigenständigen Staat zusammengefunden. Gewiß: Es gab die Grafen von Westfalen, zunächst mit Sitz in Werl, dann in Arnberg. Es gab ein Herzogtum Westfalen, aber nur eines südlich der Lippe, ab 1180 von Kurköln aus regiert. Es gab sogar ein Königreich Westfalen, aber dessen Gebietsschwerpunkte lagen in Nordhessen und in Südniedersachsen. Es war zudem ein Gebilde von Napoleons Gnaden und daher nur von kurzer Dauer. Zu keiner Zeit hat es ein historisch gewachsenes, alle

westfälischen Territorien umfassendes, politisch definiertes Westfalen gegeben.

III. Hermann der Cherusker war ebensowenig ein Westfale wie die zu seiner Zeit in unserer Gegend lebenden Brukerer. Widukind, der sagenumwobene Herzog der Sachsen, ist wohl eher dem auch aus hiesigen Edelingen gebildeten Heerbann der Engerer als dem der Westfalen zuzuordnen. Und der aus süddeutschem Welfengeschlecht stammende Heinrich der Löwe beherrschte zwar ganz Norddeutschland, also auch das Gebiet, das wir heute Westfalen nennen. Als Westfalen hat aber auch er sich nicht gefühlt. Seine Hausmacht, die er kraftvoll ausbaute, lag im Raum Braunschweig-Lüneburg. Sein Hauptinteresse galt nicht dem Raum westlich der Weser, sondern dem zwischen Untereibe und Ostsee.

IV. Wichtig war – auch für unseren Raum – Karl der Große: nicht nur wegen der Unterwerfung und Missionierung der Sachsen, sondern auch wegen seiner im Frankenreich entwickelten Grafschaftsverfassung. Er gründete nicht nur die Bistümer Minden, Münster und Paderborn, von wo aus er Reichs- und Kirchenpolitik betrieb, sondern auch das Bistum Osnabrück, das, wie wir wissen, für die

Menschen an der Oberems – genauer: für Wiedenbrück und Gütersloh – von besonderer Bedeutung gewesen ist. Zu jener Zeit (775) taucht – in den Metzger Reichsannalen – zum erstenmal der Name Westfalen auf: noch nicht für ein Gebiet oder gar für einen Herrschaftsbereich, sondern für eine der drei Heerschaften, zu denen sich der Stamm der Sachsen, wenn es zur Schlacht kam, zu formieren pflegte. Westfalen standen dann neben Engern und Ostfalen. Ob sie sich auch sonst einig waren, wissen wir nicht. Bekannt ist nur, daß sich die Engern im Laufe des 10. und 11. Jahrhunderts allmählich den Westfalen eingliederten und daß daraufhin – je länger, je mehr – die Weser die Grenze zu Ostfalen, einem Teil des späteren Niedersachsens, zu werden begann.

V. Zwar ist in den Quellen schon 955 von einem pagus westfala, also einem Gau Westfalen, die Rede. Die erste Beschreibung der räumlichen Ausdehnung Westfalens aber dürfte die aus dem Jahre 1235 sein, die wir einem Bartholomäus Anglicus verdanken, der, als weltläufiger Minorit in Paris, später in Magdeburg lebend und wirkend, eine Art enzyklopädischer Weltbeschreibung verfaßt und dabei, unser Thema betreffend, folgendes festgehalten hat: „Westfalen ist eine Provinz Niederdeutschlands. Sie grenzt im Osten an Sachsen, im Süden an Thüringen und Hessen, im Westen an den Rhein und Köln, im Norden ans Meer und Friesland. Von zwei namhaften Flüssen wird sie umflossen, von der Weser und dem Rhein. Denn den Rhein berührt sie im Westen und Norden, die Weser im Osten. In gewissen Büchern heißt dieses Gebiet Alt-Sachsen.“ Damit ist erstmals jener Raum zwischen Rhein und Weser, Hessen und Friesland umschrieben, der hinfort allen wesentlichen Aussagen und Büchern über Westfalen zugrunde liegt: von Werner Rolewicks berühmtem Westfalenbuch „De laude veteris

Saxoniae nunc Westfaliae dictae“ (1478) und Matthias Merians „Topographia Westfaliae“ (1650) bis zu Ferdinand Freiligraths und Levin Schückings gemeinsamem Werk „Das malerische und romantische Westfalen“ (1841) sowie dem „Westfälischen Trachtenbuch“ (1904) des Franz Jostes. – Auffällig dabei ist, daß alle Kronzeugen ein sehr großräumiges, weit über die Grenzen der preußischen Provinz hinausreichendes Westfalen umschreiben. Das muß doch tief liegende Ursachen haben, Umstände, die sowohl in wesentlichen menschlichen Gemeinsamkeiten wie in von allen erlebten schicksalhaften Erfahrungen zu suchen sein dürften, die im einzelnen aber nur schwer zu ergründen sind.

VI. Was nun die Anfänge der Gemeinde Gütersloh und deren Einbettung in die Geschichte Westfalens angeht, so ist zunächst einmal festzustellen, daß urkundliche Belege bis ins 12. Jahrhundert hinein weitgehend fehlen, daß die wenigen vorhandenen zu meist des gesicherten Zusammenhangs entbehren, daß sie wissenschaftlich kaum verwertbar sind.

Das ändert sich erst mit der Ächtung Heinrichs des Löwen (1180), mit der Stiftung des Klosters Marienfeld (1185), mit Widukind von Rheda und Bernhard von der Lippe, der dessen Erbe antrat und zu dem ein von Lippstadt bis Lemgo und Enger reichendes Territorium aufzubauen vermochte. Das änderte sich vor allem durch die 1220 bzw. 1232 erfolgte Ermächtigung Kaiser Friedrichs II. an die deutschen Bischöfe, hinfort in ihren Diözesen nicht nur alle geistlichen, sondern auch alle weltlichen Herrschaftsformen (insbesondere die Finanz-, Rechts- und Wehrhoheit) in eigener Autorität auszuüben. Die nunmehrigen Fürstbischöfe von Osnabrück scheiterten zwar mit ihrem Versuch, Wiedenbrück und sein Umland außer zum kirchlichen und wirtschaftlichen auch zum politischen Mittelpunkt des Gebietes an der

oberen Ems zu machen. Rheda und Rietberg gingen, wie wir wissen, politisch verloren. Allein im Amt Reckenberg konnten landesherrliche Funktionen auf- und ausgebaut werden. Aber seit der Wende vom 12. ins 13. Jahrhundert gibt es in und um Gütersloh überörtlich beachtliche Dinge, entwickelt sich auch hierzulande jene westfälische Staatenlandschaft, die bis zum Ende des Alten Reiches um 1800 bestehen bleiben sollte. Und in dem Maße, wie große und kleine Territorialherren in Westfalen wie im Reich ihren Besitz und ihre Macht auf alle nur erdenkliche Weise zu mehren suchten, wie aufstrebende Städte stark und einflußreich wurden (in Livland sogar ein „überseeisches Westfalen“ bewirkten), wie andererseits die zentrale Macht des Kaisers mehr und mehr an Geltung verlor, Fehden und Kriege und rechtliche Willkür ganze Landstriche überzogen, gewannen jene Freigerichte der westfälischen Veme an Bedeutung, die, vom Volk geachtet, vom Adel aber gefürchtet, danach trachteten, ungesühnte Kapitalverbrechen, gleichsam unter Königsbann, zu ahnden und damit die Arbeit einer im 13., 14. und 15. Jahrhundert fehlenden Reichsgerichtsbarkeit zu übernehmen. Das oberste Vemegericht soll der Dortmunder Freistuhl gewesen sein. Aber auch in und um Rheda-Wiedenbrück hat es Freistühle gegeben.

VII. 1525 begann die große Grenzfehde zwischen den Bischöfen von Osnabrück und den Grafen von Tecklenburg, die seit dem Jahre 1364 auch die Herren von Rheda waren. Es begann jene Fehde, die erst 1565 im Bielefelder Rezeß (und in dem diesen ergänzenden Wiedenbrücker Vertrag) ihr unsere heimischen Verhältnisse klärendes Ende fand: Die Bauerschaften Avenwedde, Kattenstroth und Spexard gehörten hinfort politisch zum fürstbischöflichen Amt Reckenberg. Das Dorf Gütersloh sowie die Bauerschaften Blankenhagen, Pavenstädt, Nordhorn und Sundern bekam die Bentheim-

Tecklenburgische Herrschaft Rheda zuerkannt. Daß die Kirchnaufsicht über das gesamte Kirchspiel Gütersloh nach wie vor beim Bischof von Osnabrück verblieb, daß damit zahlreiche künftige Rechtsstreitigkeiten zwischen Rheda und Osnabrück vorprogrammiert waren, Ungereimtheiten, die auch durch den Hagener Rezeß (1655) und das bis 1890 währende sogenannte Simultaneum nur sehr bedingt behoben werden konnten, sei in unserem Zusammenhang nur am Rande erwähnt.

VIII. Bis zur Eingliederung des gewichtigen Oberstifts Münster sowie der drei kleinen Gebiete Rietberg, Reckenberg und Rheda in Preußen (1815) waren die Einwohner der Gemeinde Gütersloh sowohl politisch wie religiös und wirtschaftlich in besonderer Weise exponiert: Ging man über die Dalke nach Kattenstroth, so war man im fürstbischöflichen osnabrückischen Hoheitsbereich. Der Weg nach Marienfeld führte ins fürstbischöfliche Münsterländische, der nach Isselhorst ins grafenschaftlich Ravensbergische und damit ins königlich Preußische, der nach Verl ins grafenschaftlich Rietbergische und weiter ins fürstbischöflich Paderbornische. Das evangelisch-lutherische Gütersloh, dieser Außenposten der evangelisch-reformierten Grafen von Bentheim-Tecklenburg-Rheda, war also von fünf souveränen und von (bis auf Preußen) katholischen Ländern eng umschlossen. Die Verschiedenheit der Maße, Münzen und Gewichte stellte, vor allem für die Gewerbetreibenden, eine ständige Herausforderung dar. Für die Bauern in Pavenstädt, Blankenhagen, Nordhorn und Sundern, größtenteils „Eigenbehörige“ der Klöster Herzebrock, Clarholz und Marienfeld, war die Leibeigenschaft mit all ihren Dienstleistungen und Abgaben das drückendste von allen Verhältnissen. Die sechs Ortsvorsteher konnten zwar ihre Gemeindeangelegenheiten mit dem rhedischen Amtsvogt beraten. Das eigentliche Regieren aber lag

ausschließlich in den Händen der die Justiz wie die Verwaltung fest in sich vereinigenden rhesischen Kanzlei und deren Räten.

Dieses ostwestfälisch-kleinstaatliche „ancien régime“ wurde zwar durch Napoleon völlig durcheinander gewirbelt, aber mit der Folge, daß die Grenze zwischen dem Großherzogtum Berg und dem Königreich Westfalen mitten durch Gütersloh ging, nämlich entlang der Dalke, also zwischen Ortsmitte und Kattenstroh. Erst die Zuordnung Güterslohs zum Kreis Wedenbrück, zur Bezirksregierung in Minden und zum Oberpräsidium der Provinz Westfalen (mit Sitz in Münster) ließ die Leute hierzulande aufatmen. Gütersloh, dem unbeschadet einer stets geübten Loyalität zum Hause Bentheim-Tecklenburg-Rheda seit langem eine Hinneigung zum Hause Hohenzollern anzumerken gewesen war, gehörte nunmehr zu Preußen und damit zu jenem Königreich, in dem es sich – gerade nach den zahlreichen Wechselfällen, die sich immer wieder aus seiner exponierten Lage ergeben hatten – endlich geborgen fühlte und demgegenüber es sich aus vielfachen Gründen als wahrverwandt erweisen sollte.

IX. Freilich war beiderseits Geduld vonnöten, faßte doch die neue Provinz nicht weniger als 24 ehemalige Territorien zusammen, die zum Teil eine bis ins Mittelalter zurückreichende politische und kulturelle Tradition aufzuweisen hatten. Es waren geistliche und weltliche, kleine und größere, selbständige und von auswärtigen Mächten abhängige, westfälische und nicht-westfälische Gebilde, von denen nur wenige (Mark, Minden-Ravensberg, Tecklenburg und Lingen) schon mit dem preußischen Staat durch längere Zugehörigkeit verbunden waren. Es galt also, dieses Konglomerat verschiedener Verwaltungs- und Rechtssysteme, dieser teils katholischen, teils evangelischen Gebiete, dieser Territorien mit preußischer und antipreussischer Tradition in einer einheitlichen

Heinrich Böll:



• Poesie ist
Dynamit für alle
Ordnungen
dieser Welt. •

Osthus
BUCHHANDLUNG
100
JAHRE

Königstraße 10 · Tel. 1 30 38
33330 Gütersloh

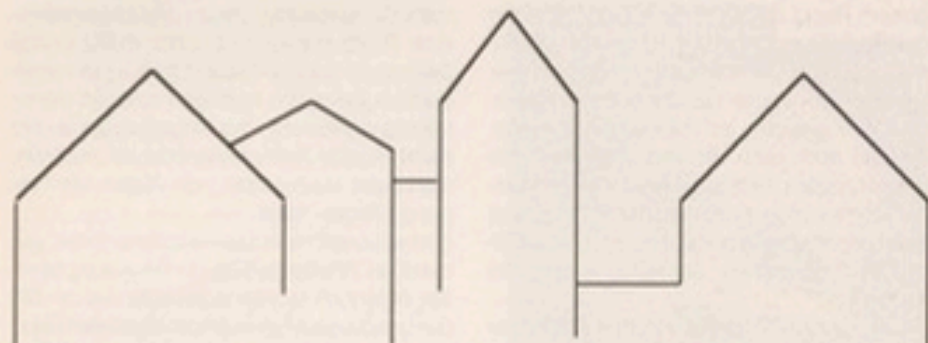
Verwaltungsorganisation und unter gemeinsamem Recht zusammenzufassen, ohne die diversen Eigentümlichkeiten einem gleichmacherischen Zentralismus zu opfern. Der Freiherr von Vincke hat dabei hervorragende Arbeit geleistet. Im Vollzug dieser Aufgabe sind aber auch die vom Freiherrn vom Stein initiierten westfälischen Provinzialstände eine wichtige Klammer der Provinz und eine wesentliche Voraussetzung des erwachenden politischen Gemeinschaftsgefühls geworden.

Die Provinzialstände, die von den Zeitgenossen überwiegend als Fortsetzung und Wiederbelebung des alten Ständewesens aufgefaßt wurden, in denen aber das städtische Bürgertum und die ländlichen Grundbesitzer die Stimmenmehrheit hatten, sollten zwar bei allgemeinen und bei den die Provinz betreffenden Angelegenheiten „zu Rate gezogen werden“, sie sollten befugt sein, Bitten und Beschwerden zu überreichen; und ihren Beschlüssen sollten die Kommunalangelegenheiten der Provinz überlassen sein, aber in die eigentliche Verwaltung der Provinz wurden sie nicht einbezogen.

Wohl waren 1827 erstmals Kreisstände einberufen worden. Wohl trat 1831 auch hierzulande die revidierte Städteordnung in Kraft. Die westfälische Gemeindeordnung aber wurde erst 1841 eingeführt. Zwar wurden

die Zuständigkeiten der Provinzialstände allmählich erweitert. Deren Rechtscharakter aber wurde erst seit dem Jahre 1886 – und dann auch nur Schritt für Schritt – von einer staatlich gelenkten Institution in einen eigenständig agierenden Kommunalverband und damit in eine Gebietskörperschaft heutiger, man kann auch sagen: von Steinscher Prägung umgewandelt.

Sie hat sowohl den Gau Westfalen-Nord wie den Gau Westfalen-Süd, die Regierungsform der britischen Besatzungsmacht wie die Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen überlebt. Sie ist den Weg über die Mit- zur Selbstverwaltung bis in unsere Tage weitergeschritten. Der heute auf dem Prüfstand stehende Landschaftsverband Westfalen-Lippe hat sich aus unserer Sicht bewährt. Nicht zuletzt hat sich gezeigt, daß das Verhältnis von Roß und Rose, jene erstaunliche Vielfalt historisch begründeter ostwestfälisch-lippischer Gemeinsamkeiten, begonnen hat, eine neue Qualität zu gewinnen: Der Regierungsbezirk Detmold – so wagen wir vorauszusagen – wird weiter an Bedeutung gewinnen. Er ist überschaubarer und homogener als Gesamtwestfalen. Diese wesentlich von Gütersloh aus geförderte Region wird – auch im Bewußtsein ihrer Bewohner – weiter zusammenwachsen.



GRABENHEINRICH

Kunsthandel und Galerie

Mit dem Namen Grabenheinrich verbinden Sie bisher Kunsthandel, Spezialwerkstatt für Buchbinderei und Bildrahmung.

Seit nun schon 10 Jahren verkaufen wir Kunstgegenstände, Originalgemälde, Druckgrafiken und Reproduktionen verschiedener Stile, von klassisch bis modern.

In unserer Werkstatt werden Bilder in guter handwerklicher Tradition gerahmt, wobei wir aus einem gutsortierten Lager unterschiedlichster Rahmenhölzer schöpfen können.

So weit, so gut – Was neu ist:

Seit Oktober 1989 gibt es zusätzlich, drei Häuser weiter, die Galerie Grabenheinrich.

Hier werden Einzelausstellungen diverser Künstler verschiedener Stilrichtungen präsentiert, Werkstattgespräche und Kunstaktionen durchgeführt.

In unregelmäßigen Abständen wird »Kunst zum Anfassen« stattfinden: Das Publikum hat Gelegenheit, dem Künstler über die Schulter zu sehen, ihn bei seiner Arbeit zu beobachten.

Beratung und Verkauf im Ladengeschäft Kökerstr. 5
Ausstellungen in der Galerie Kökerstraße 13.

Grabenheinrich GmbH · Kökerstraße 5 · 33330 Gütersloh
☎ 0 52 41 / 2 94 50

Zur Geschichte der Eisenbahn in Gütersloh

von Rudolf Herrmann

Bei meinen Nachforschungen über die Geschichte der Eisenbahn in Gütersloh bin ich auf ein Thema gestoßen, das einmal etwas näher betrachtet werden soll: **„Vom beschränkten Bahnübergang zur Unterführung Kirchstraße.“**

Bevor 1846/47 die Cöln-Mindener Eisenbahn gebaut wurde, befand sich an der Stelle, wo jetzt die Kirchstraße unter der Eisenbahn hindurch geführt wird, ein Wäldchen, das den Gütersloher Bürgern als Erholungsort diente. In der „Chronik der Stadt Gütersloh“ heißt es:

„Bei Erbauung der Eisenbahn fiel diese Zerde der Stadt unter der unbarmherzigen Axt den materiellen Interessen und da, wo unter grünem Laubdach früher Erholung und schattige Kühle winkte, liegt jetzt der Bahnhof mit seinen stolzen steinernen Gebäuden, entwickelt der Verkehr ein unruhiges, nimmer schweigendes Treiben.“

Bei Planung und Erbauung der Eisenbahn dachte niemand daran, daß der Verkehr auf Schiene und Straße schon in wenigen Jahrzehnten gewaltig zunehmen würde. So entschied man sich, an der Kirchstraße keine Unterführung, sondern nur einen beschränkten Bahnübergang zu bauen. Für die ersten Jahre nach Eröffnung der Eisenbahn am 15. 10. 1847 reichte dies vollkommen. Der erste Fahrplan sah auf unserer Strecke nur jeweils 2 Reisezüge am Tag in jeder Richtung vor. Auch 1885, als schon täglich 5 Reisezüge in jede Richtung fuhren und der Güterzugverkehr noch nicht so stark war, mag die Behinderung des Straßenverkehrs durch geschlossene Bahnschranken noch erträglich gewesen sein. Als dann aber, bedingt durch

die Eisenbahn, sich immer mehr Industrie- und Handelsbetriebe in Gütersloh ansiedelten, wuchs der Verkehr auf Schiene und Straße gewaltig, und die Behinderungen durch das Warten vor geschlossener Schranke wurden immer unerträglicher. Die Beschwerden der Bürger nahmen zu, und so entschloß sich der Bürgermeister am 23. 12. 1872, an den zuständigen Eisenbahnbetriebsinspector in Minden einen Brief zu schreiben. Hiermit bittet er, daß dem Weichensteller an diesem Übergang, der gleichzeitig Schranken zu bedienen und Weichen zu stellen hat, zu bestimmten Zeiten am Tag eine Hilfskraft zugeteilt würde. Am 25. 12. 1872 geht schon das Antwortschreiben aus Minden ein. Der zusätzliche Wärter wird eingesetzt. Gleichzeitig wird aber darauf aufmerksam gemacht, daß eine gründliche Abhilfe erst eintreten wird, wenn die vergrößerten Bahnhofsanlagen in Betrieb genommen werden. Im Frühjahr 1873 soll mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Diese Verbesserung am Bahnübergang genügte dem erhöhten Verkehrsaufkommen schon bald nicht mehr. Die Schranken waren zu lange geschlossen. Die Rangierabteilungen mußten zum Vorziehen der Wagen in Richtung Westen eines der durchgehenden Hauptgleise benutzen. Dies war aber nur möglich, wenn das Gleis nicht für eine Zufahrt benutzt wurde. So mußte die Schranke für Zufahrten und anschließend für Rangierfahrten geschlossen werden. Diesen Übelstand änderte man, indem 1889 neben den beiden Hauptgleisen ein drittes Gleis als Ausziehgleis für den Rangierbetrieb auf die südöstliche Seite des Bahnkörpers

verlegt wurde. So konnte bei heruntergelassenen Schranken für eine Zugfahrt gleichzeitig eine Rangierabteilung den Bahnübergang auf dem dritten Gleis benutzen. Die Sperrung des Überwegs durch geschlossene Schranken konnte dadurch wesentlich verkürzt werden.

Aber auch diese Baumaßnahme reichte nicht aus. Der Magistrat der Stadt Gütersloh beantragte eine Fußgängerunterführung, die auch 1891 gebaut wurde. Jetzt konnten wenigstens Fußgänger und Radfahrer zu jeder Zeit von der einen auf die andere Bahnseite gelangen.

Wie stark der Verkehr auf der Eisenbahn und infolgedessen auch auf den Straßen zugenommen hatte, können nachfolgende Zahlen beweisen:

Vom Bahnhof Gütersloh sind abgefahren:
 1860 = 42675 Personen
 1880 = 68976 Personen
 1900 = 129603 Personen
 1906 = 231926 Personen

Mit der Eisenbahn sind in Gütersloh angekommen:

1880 = 36237 Tonnen Frachtgut
 1890 = 57553 Tonnen Frachtgut
 1900 = 83767 Tonnen Frachtgut
 1906 = 91956 Tonnen Frachtgut

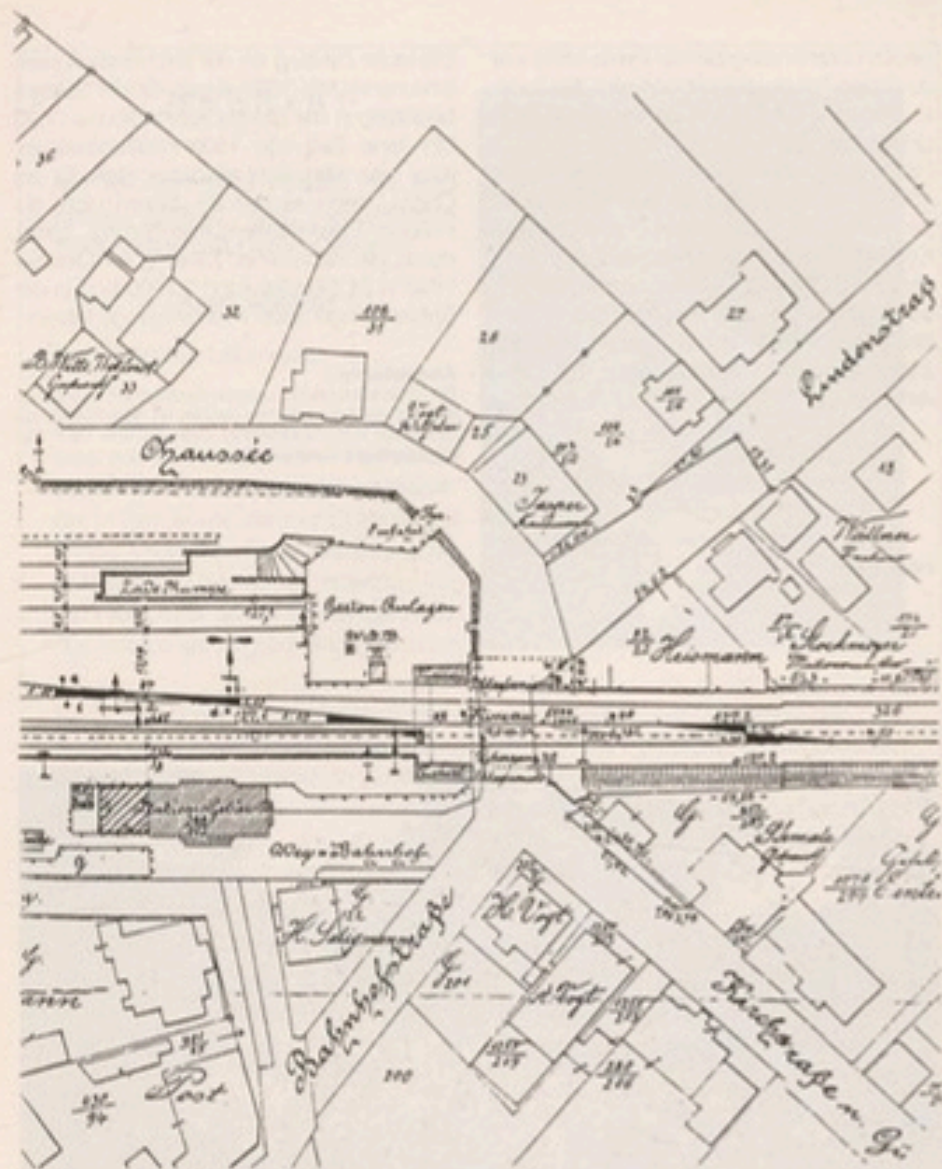
Diese Zunahme machte den Bau einer Unterführung für Fuhrwerke immer dringender. So bittet sogar der Landrat des Kreises Wiedenbrück am 1. 3. 1903 den Regierungspräsidenten, sich für den Bau einer Unterführung einzusetzen. Mehrere Eingaben der Stadt an die Eisenbahndirektion Hannover, den Rangierbetrieb an dieser Stelle ganz aufzuheben oder wenigstens teilweise zu verlegen, blieben erfolglos.

Eine kleine Verbesserung brachte im Jahr 1902 die Inbetriebnahme des Stellwerks „Wtm“ (Westurm) unmittelbar am Bahnübergang. Der Zug- und Rangierbetrieb wurde dadurch beschleunigt; entfiel doch das Umstellen der Weichen an Ort und Stelle.

Nach einer amtlichen Feststellung waren die Schranken am 7. 4. 1904 von 6 Uhr vormit-

tags bis 10 Uhr abends 173 mal und zusammen 314 Minuten geschlossen, also 1/3 der Zeit. Eine Konferenz des Bürgermeisters mit Vertretern der Eisenbahn ergab, daß die Überführung in eine Unterführung umgewandelt werden müsse. Wegen der hohen Grunderwerbskosten sei dies aber unmöglich. Es bestehe aber der Plan, eine Unterführung zwischen den an der Kirchstraße gelegenen Grundstücken der Gesellschaft „Eintracht“ (jetzt Tanzschule Stüwe und Weibenberg) und des Kommerzienrates Bartels (jetzt Musikschule) in Richtung Lindenstraße herzustellen. Dieser Plan kam nicht zur Ausführung, weil die Eisenbahnverwaltung 1909 verlauten ließ, daß die Strecke viergleisig ausgebaut, die gesamten Bahnhofsanlagen erheblich vergrößert und ein neues Empfangsgebäude gebaut werden sollten. Mit dieser Maßnahme entfallen dann auf dem gesamten viergleisigen Streckenabschnitt zwischen Hamm und Minden die schienengleichen Bahnübergänge. In Gütersloh gibt es dann nur noch Unterführungen.

Im Ersten Weltkrieg begann man zunächst mit dem viergleisigen Ausbau der Strecke. Mit dem Bau des neuen Empfangsgebäudes wurde erst 1922 begonnen; am 21. 12. 1925 wurde es eingeweiht. Die Bauarbeiten an der neuen Kirchstraßen-Unterführung begannen im Jahr 1921. Sie wurden aus Geldmangel im November 1922 eingestellt und erst 1927 wieder aufgenommen. Die alte Überführung wurde am 26. 9. 1927 für den Fuhrwerksverkehr gesperrt. Am gleichen Tag wurde die neue Unterführung bei Greve & Güth sowie die weiter ausgebauten Dalkestraße als Umleitung dem Verkehr übergeben. Der Fußgängerverkehr über den Bahnübergang Kirchstraße konnte während des Umbaus durch geschickte, manchmal veränderte Wegführung aufrecht erhalten werden. Die neue Unterführung konnte am 5. 5. 1928 dem Verkehr übergeben werden. Damit war zunächst an dieser Stelle die Verbindung der westlichen mit den östlichen Stadtteilen wesentlich verbessert. Der Bau der



Stadarchiv Gütersloh

neuen Unterführung bei der Firma Miele war zu dieser Zeit noch nicht beendet. Sie konnte erst am 24. 12. 1930 dem Verkehr übergeben werden.

Ein Vergleich zwischen Verkehrszählungen 1929 und 1984/1992 an den Nadelöhren der Innenstadt, nämlich den Unterführungen Kirchstraße und Friedrich-Ebert-Straße, mag verdeutlichen, welch einen gewaltigen Auftrieb der Straßenverkehr in der Stadt Gütersloh in den letzten Jahrzehnten erhalten hat: Zählung an der Kirchstraße am 3. 5. 1929 in der Zeit von 7-9, 12-13 und 16-19 Uhr

315 Kraftfahrzeuge

304 Fuhrwerke

2742 Radfahrer

1714 Fußgänger

118 Handwagen und Handkarren

insgesamt in 6 Stunden.

Die letzte Zählung an der Kirchstraßenunterführung im Mai 1984 ergab für die Spitzenbelastung in der Stunde von 16.30 bis 17.30 Uhr eine Zahl von 1500 Kraftfahrzeugen. Aber was wäre wohl an dieser Stelle für ein Chaos, wenn es seit 20 Jahren nicht die Friedrich-Ebert-Straßen-Unterführung gäbe, durch die nach einer Zählung im Oktober 1992 in 24 Stunden rund 20 000 und in der Spitzenstunde 1800 Kraftfahrzeuge fahren.

Anmerkung:

Für Unterstützung bei unseren Recherchen und Bereitstellung von Informationen danken wir dem Stadtarchiv Gütersloh, dem Staatsarchiv Detmold und dem Planungsamt der Stadt Gütersloh.



Nachruf

Am 29. April 1993 verstarb das langjährige Mitglied des Heimatvereins, Malermeister und Diplom-Designer

Karl Meyer

im achtzigsten Lebensjahr.

Karl Meyer stammte aus Gütersloh und blieb sein Leben lang seiner Heimatstadt verbunden. Früh fand er zum Heimatverein, in dem er vor allem im Eickhoff-Kreis an der Erforschung und Darstellung der Gütersloher Geschichte mitwirkte. Von 1977 bis 1989 bereicherte er die Arbeit des Vereins als Mitglied des Vorstandes.



Ein Schwerpunkt in Karl Meyers Arbeit war die Postgeschichte. Aus Anlaß der Eröffnung des neuen Postamtsgebäudes im Dezember 1981 gestaltete er im damaligen „Heimathaus“ am Domhof die Ausstellung „300 Jahre Post im Raum Gütersloh“. Weit über das einfache Briefmarkensammeln hinaus hatte er eine umfangreiche Sammlung von Briefen, Stempeln und anderen Belegstücken zusammengetragen, die für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte unseres Raumes wichtig bleiben wird.

Ein zweiter Schwerpunkt seiner Arbeit lag in der Erforschung der Geschichte der Gütersloher Gastronomie. Eine Sammlung von geschichtlichen Daten, illustriert durch Abbildungen, Werbeanzeigen, Speisekarten und dergleichen, liegt vor und kann künftigen Wirtschafts- und Sozialgeschichtlern als Quellenmaterial dienen. Nach Absprache mit dem Heimatverein wurde die Sammlung im Stadtarchiv deponiert.

Bei allem Ernst seiner Sammlertätigkeit und profundem historischen Wissen verbotzte Karl Meyer sich nie in seine Arbeit, sondern hatte stets auch das passende Anekdotchen zur Erhellung der geschichtlichen Tatsachen bereit. Durch seine Arbeit und erst recht durch seine Fröhlichkeit und Offenheit gegenüber seinen Mitmenschen wird Karl Meyer im Gedächtnis bleiben.

Dieter Knobelsdorf

Vor 450 Jahren: Tecklenburger Kirchenordnung für die Herrschaft Rheda

von Eckhard Möller

Am 24. August 1543, einem Freitag, erließ der Tecklenburger Graf Konrad als erster westfälischer Landesherr überhaupt für seine Territorien eine protestantische Kirchenordnung. Damit fand ein sich über längere Zeit hinziehender Reformationsprozeß seinen Endpunkt und wurde die Reformation auf eine rechtliche Grundlage gestellt.

Der Zeitpunkt der Einführung der Reformation in der Herrschaft Rheda und damit auch in Gütersloh gilt als unter Kirchenhistorikern nach wie vor umstritten. Während örtliche Historiker wie Eickhoff und Richter dazu neigen, die Reformation möglichst früh – etwa auf die Berufung des ersten lutherischen Predigers nach Rheda zu datieren –, vertreten Landeshistoriker die Ansicht, daß von der Einführung der Reformation erst gesprochen werden könne, wenn auch eine reformatorische Kirchenordnung verkündet worden sei. Die Phase vor dem Erlaß wollen sie als Vorbereitungsperiode verstanden wissen.

Mit dem folgenden Artikel soll ein Beitrag dazu geleistet werden, die Grundlinien dieser Auseinandersetzung nachzuzeichnen und zugleich den Erlaß der Kirchenordnung von 1543 als historisches Ereignis zu würdigen. Die Leserinnen und Leser sollen sich, soweit das nach der knappen Darstellung möglich ist, selbst ein Urteil erlauben, wobei der Autor nicht verhehlt, daß er der Auffassung der Landeshistoriker zuneigt, die die Argumente der lokalen Historiker argumentativ entkräften.

Konrad von Tecklenburg

Der 1501 geborene Tecklenburger Graf Konrad tauchte 1521 im Gefolge Philipps von Hessen auf dem Wormser Reichstag auf und wird dort auch Luthers Auftritt erlebt haben. Noch 1522 ist er in der hessischen Hofordnung als Hofjunker erwähnt. 1524 kehrte er in seine Stammländer zurück, als ihm sein Vater die Verwaltung der Herrschaft Rheda übertrug, was aber nicht mit der Übernahme der Regentschaft verwechselt werden darf. Drei Jahre später heiratete er eine Cousine des hessischen Landgrafen, die frühere Nonne Mechthild von Hessen, und trat damit in ein Schwägerungsverhältnis mit dem bedeutenden protestantischen Landesherrn. Die Regentschaft in der Grafschaft Tecklenburg übernahm er jedoch erst 1534, nach dem Tode seines Vaters, und noch später, nämlich 1540, wurde er souveräner Landesherr in der Herrschaft Rheda, die seiner Mutter als Witwengut übertragen worden war.

Konrad, der als der tolle Kord – so genannt wegen seines rabiaten Vorgehens gegen seine Gegner – in die Geschichte eingegangen ist, begann sogleich, nachdem er die Verwaltung der Herrschaft Rheda übernommen hatte, damit, seine territorialen Ansprüche gegen das benachbarte und zum Bistum Osnabrück gehörige Amt Reckenberg anzumelden.¹⁾ Zankapfel waren vor allem das Kirchspiel Gütersloh und die Kontrolle der im Rhedischen gelegenen Klöster Herzebrock, Clarholz und Lette. Immer wie-

der aufflackernde Scharmützel und Gefechte um das Dorf und Kirchspiel Gütersloh sind ein Indiz dafür, daß der Einfluß Konrads von Tecklenburg hier alles andere als stabil war. Auch verzichtete das Bistum Osnabrück in dieser Phase zu keinem Zeitpunkt auf seine Ansprüche auf die strittigen Gebiete und Rechte – auch nicht, nachdem der Fürstbischof Franz von Waldeck sich dem Protestantismus zugewandt hatte. Als Konrad 1557 starb, hinterließ er seinen Erben die ungelösten Grenzprobleme, die erst 1565 im Bielerfelder Vertrag geregelt wurden, durch welchen die politisch-administrative Teilung des Kirchspiels Gütersloh in einen rhedischen und einen reckenbergischen Teil herbeigeführt wurde. Längs dieser Grenze, die in weiten Teilen von der Dalke gebildet wurde, verlief auch die Trennlinie zwischen den vorwiegend evangelischen und den vorwiegend katholischen Gebieten des Kirchspiels.²⁾

Argumente für die frühe Reformation

Noch im gleichen Jahr, als ihm die Verwaltung der Herrschaft Rheda übertragen worden war, also 1527, berief Konrad von Tecklenburg den Osnabrücker Domkaplan Johannes Pollius als Hofprediger nach Rheda, der den theologischen Ansichten Philipp Melanctons zuneigte.³⁾ Dieses Jahr wird von den örtlichen Historikern als Zeitpunkt der Reformation in der Herrschaft Rheda angesehen: Nach ihrer Auffassung ist die Reformation zuerst im Kirchspiel Rheda selbst und nur wenig später in den anderen Kirchspielen der Herrschaft – auch in Gütersloh – eingeführt worden.⁴⁾

In ihrer Argumentation verweisen sie vor allem darauf, daß in den Friedensverhandlungen nach dem Dreißigjährigen Krieg von seiten der Tecklenburger Grafen Beweisstücke vorgelegt worden seien, die die Einführung der Reformation in Gütersloh in den Jahren 1527/1528 nachwiesen. Allerdings müssen die Vertreter der Theorie einer frühen Refor-

mation in Gütersloh zugestehen, daß die Urkunden im Original nicht vorhanden sind. Es existiert nur eine Anweisung des Tecklenburger Grafen Moritz an seine Kanzlei, die Beweisstücke vorzulegen. Nur in dieser Anweisung wird die entsprechende Jahreszahl erwähnt.⁵⁾

Dieser Quellenbeleg allein ist aber zu dürftig und ohne die entsprechenden Originalquellen aus dem 16. Jahrhundert nicht ausreichend, da das Interesse der Tecklenburger Grafen am Nachweis eines frühen Zeitpunktes der Reformation nur zu offensichtlich ist. Zudem läßt sich die Einführung der Reformation schon 1527/1528 nur schwer in Übereinstimmung bringen mit den danach noch andauernden territorialen Streitigkeiten, in denen die Tecklenburger Grafen ihre Ansprüche gegen die widerstrebenden Interessen des Bischofs von Osnabrück durchzusetzen versuchten, so daß von einer gesicherten Herrschaft der Tecklenburger in den zwischen Rheda und Reckenberg strittigen Gebieten keinesfalls gesprochen werden kann.

Schwerlich nachzuvollziehen ist auch das zweite Argument, das für eine frühe Reformation angeführt wird. Danach habe nach Aussagen des Rhediser **Landdrosten** von 1568 schon 40 Jahre kein bischöfliches Sendgericht mehr in Gütersloh stattgefunden.⁶⁾ Dies als Ende für die geistliche Gerichtsbarkeit der Osnabrücker Fürstbischöfe in Gütersloh im Jahr 1528 anzuführen, ist schwerlich möglich, weil noch im Hagener Vertrag von 1655 deren geistliche Gerichtsbarkeit für das ganze Kirchspiel – also auch die evangelischen Teile – anerkannt worden ist.⁷⁾

Argumente für die späte Reformation

Die Wissenschaftler, die den Zeitpunkt der Reformation später, also 1543 ansetzen, argumentieren vor allem mit den dynastischen Rahmenbedingungen. Danach wird Konrad von Tecklenburg in der engeren Grafschaft die Reformation erst nach Übernahme der

Regentschaft 1534 eingeführt haben können. In diesem Jahr berief er Johannes Pollius, der als Reformator der Grafschaft zu gelten hat, aus Soest zurück in seinen Herrschaftsbereich und leitete schrittweise reformatorische Maßnahmen ein. Für die Herrschaft Rheda wird darüber hinaus noch in Rechnung gestellt, daß Konrad von Tecklenburg die Regentschaft erst 1540, nach dem Tode seiner Mutter, übernommen, also vorher dort nicht in landesherrlicher Funktion gewirkt habe. Daher setzen die Landeshistoriker die Reformation der Herrschaft Rheda noch etwas später als für die übrige Grafschaft an.⁹⁾

Bleibt als Argument für eine Reformation schon Ende der 20er Jahre des 16. Jahrhunderts die Bemerkung in der Einleitung der Kirchenordnung, daß 1527 die gesamte Grafschaft evangelisch geworden sei. Die Richtigkeit dieser Aussage wird von den Landeshistorikern in Zweifel gezogen, auch für die Herrschaft Rheda. Diese Zweifel lassen sich auch mit einer Aussage des Pollius selbst belegen, der 1539 davon spricht, zwölf Jahre zuvor im Amtsbereich des Grafen die Reformation eingeführt zu haben. Amtsbereich war aber nur die Herrschaft Rheda, in der Konrad von Tecklenburg – wie erwähnt – nicht die Regentschaft innehatte und deren Territorium zudem unsicher war. In seiner Aussage betont Pollius zudem, daß er die Reformation nur mit vorsichtigen Schritten eingeleitet habe. Die Landeshistoriker schließen daraus, daß die mit der Berufung von Johannes Pollius 1527 begonnene Reformation über Burg und Stadt Rheda hinaus nur das umgebende Kirchspiel Rheda erfaßt haben wird.⁹⁾

Kirchenordnung von 1543 ¹⁰⁾

Die in niederdeutscher Sprache verfaßte Tecklenburger Kirchenordnung lehnte sich in erster Linie an die brandenburgische an. Obschon auch Bezüge zur hessischen Kirchenordnung erkennbar sind, ist das ein

Hinweis darauf, daß die Bindungen Konrad von Tecklenburgs an den hessischen Landgrafen nicht überbewertet werden dürfen. Die Eingangs- und Schlußbestimmungen der Kirchenordnung lassen erkennen, welches Selbstverständnis Konrad von Tecklenburg von seiner Funktion als Herrscher hatte. Danach verstand er seine Herrschaft als eine von Gott verordnete Obrigkeit, die entsprechend christlich-religiös legitimiert sei. Zugleich brachte es diese Sicht mit sich, daß die Einhaltung der Kirchenordnung, auch ihrer theologischen Bestimmungen, als Aufgabe des Regenten angesehen wurde. Konrad von Tecklenburg verstand sich also als Beschützer und Wahrer des rechten Glaubens und der Ordnung in der Kirche.

Außerdem regelte die Kirchenordnung, daß jede Gemeinde einen Pfarrer haben sollte, dem ein Kaplan und ein Küster zur Seite stehen konnten. Für den Unterhalt der Pfarrer mußten die Gemeinden selbst sorgen.

Wie für eine evangelische Kirchenordnung üblich, wurde die lateinische Messe abgeschafft und die deutsche Sprache als für den Gottesdienst verbindlich erklärt. In ihrem Mittelpunkt standen detaillierte Regeln für die Taufe und das Abendmahl, die beiden von Luther anerkannten Sakramente. Das Abendmahl sollte den Gläubigen in beiderlei Gestalt gegeben werden, seine Punkt für Punkt festgelegte Liturgie sah ebenfalls ausschließlich deutsche Gesänge vor.

Schließlich legte die Kirchenordnung noch die Feiertage fest, zu denen neben den noch heute in der evangelischen Kirche bekannten Feiertagen auch Marienfeste wie Mariae Himmelfahrt gehörten. Für Mariae Himmelfahrt wurde ausdrücklich das Fehlen einer biblischen Grundlage betont, das Festhalten aber mit der Rücksichtnahme auf die große Bedeutung des Festes im Volksglauben begründet. Gerade die letzte Bestimmung zeigt, daß in den Landen der Grafschaft Tecklenburg die Reformation nur sehr behutsam eingeführt wurde.

Zugleich mit dem Erlaß der Tecklenburger

Kirchenordnung 1543 gab es in den zwischen dem Tecklenburger Grafen und dem Osnabrücker Bischof strittigen Gebieten der Herrschaft Rheda – vor allem Gütersloh und Herzebrock – auch von Seiten des protestantisch gewordenen Osnabrücker Bischofs, Franz von Waldeck, Bestrebungen, dort eine lutherische Kirchenordnung einzuführen. Franz von Waldeck wollte mit der Einführung der von Hermann Bonnus verfaßten Osnabrücker Kirchenordnung seine Herrschaftsansprüche auf diese Gebiete sichern. Landeshistoriker vertreten – wiederum im Gegensatz zu den örtlichen – sogar die Auffassung, nicht von der Tecklenburger, sondern von der Osnabrücker Kirchenordnung sei die Reformation des Kirchspiels Gütersloh ausgegangen.¹¹⁾

Die parallelen Reformationsversuche der beiden Landesherrn berechnen zu der Aussage, daß 1543 im gesamten Gebiet der Herrschaft Rheda die Reformation durchgesetzt worden ist. Für das Kirchspiel Gütersloh läßt sich in diesem Jahr auch ein erster lutherischer Prediger nachweisen. Während jedoch das Kirchspiel Herzebrock rekatholisiert wurde, nachdem Bischof Franz von Waldeck nach der Niederlage der protestantischen Fürsten im Schmalkaldischen Krieg (1547) zum katholischen Glauben zurückgekehrt war, blieb mit dem Dorf Gütersloh der nördliche, von Rheda kontrollierte Teil des Kirchspiels protestantisch. Die unsichere konfessionelle Lage des Gesamtkirchspiels, in dem es nach wie vor nur einen Pfarrer gab, zeigte sich auch bei der von Osnabrück ausgehenden Visitation des Jahres 1624: Der Gütersloher Pfarrer hatte die katholische Priesterweihe empfangen, hielt sich aber in der gottesdienstlichen Praxis an die lutherische Lehre. Die Schwäche der Reformation in der Herrschaft Rheda und die außenpolitischen Erwägungen, die die Tecklenburger Grafen als Nachbarn der mächtigen Fürstbistümer Münster und Osnabrück zu berücksichtigen hatten, zeigen sich auch darin, daß keines der in der Herrschaft gele-

Bertolt Brecht:



„*Hungriger,
greif nach
dem Buch:
Es ist eine Waffe.*“

Osthus
BUCHHANDLUNG
100
JAHRE

Königstraße 10 · Tel. 1 30 38
33330 Gütersloh

genen Klöster im Zuge der Reformation aufgelöst wurde.¹²⁾

Auffällig ist, daß die Vertreter der unterschiedlichen Positionen auf andere Ereignisse als Beleg für die Einführung der Reformation zurückgreifen: die örtlichen Historiker auf einen ersten lutherischen Gottesdienst, die Landeshistoriker auf die Einführung einer Kirchenordnung. Diese hat aber stets am Abschluß eines Reformationsprozesses gestanden, ihr werden also erste Ansätze vorausgegangen sein.

Unabhängig von den Streitfragen, ob die Reformation in der Herrschaft Rheda erst mit der Kirchenordnung 1543 eingeführt worden ist oder schon auf ein früheres Datum zurückgeht und ob die Reformation im Kirchspiel Gütersloh von Tecklenburg oder Osnabrück aus erfolgt ist, ist das Jahr 1543 ein zentrales Datum in der Geschichte der örtlichen Kirchengemeinde, weil seither unstrittig von einer evangelischen Gemeinde gesprochen werden kann.

Anmerkungen:

- 1) Weitere Streitpunkte bestanden um den Verlauf der Grenze zwischen der engeren Grafschaft Tecklenburg und dem Fürstbistum Osnabrück.
- 2) zur Biographie des Konrad von Tecklenburg siehe: Hans-Joachim Böckenhoff, Schloß und Herrschaft Rheda, Harzewinkel 1979, S. 22–26; Hans Richter, Die Geschichte der evangelischen Kirchengemeinde Gütersloh, in: Die evangelische Gemeinde Gütersloh in Vergangenheit und Gegenwart, Gütersloh 1928, S. 40/41 und S. 53–57; A. Schröer, Die Reformation in Westfalen, Glaubenskampf einer Landschaft, Bd. 1, Münster 1979, S. 184/185. Außerdem hat sich Rudolf Rübesam in seiner Dissertation mit Konrad von Tecklenburg beschäftigt. Diese ist im Stadtarchiv Gütersloh vorhanden.
- 3) A. Schröer, a.a.O., S. 185
- 4) H. Richter, a.a.O., S. 39
- 5) ebd., S. 39
- 6) ebd., S. 39/40
- 7) Niedersächsisches Staatsarchiv Osnabrück, Rep. 3–2871
- 8) A. Schröer, a.a.O., S. 188/189 und 192/193
- 9) ebd., S. 188
- 10) zur Kirchenordnung siehe: O. Kühn, Die Tecklenburger Kirchenordnung von 1543; in: Jahrbuch des Vereins für Westfälische Kirchengeschichte, herausg. von W. Rabe, Bd. 59/60, 1966/1967 und E. Friedländer, Die Kirchenordnung der Grafschaft Tecklenburg vom 24. August 1543, Münster 1870
- 11) A. Schröer, a.a.O., S. 193
- 12) Die Auflösung erfolgte erst mit der Säkularisation (1803) nach dem Reichsdeputationshauptschluß und der Besitznahme durch Preußen zu Beginn des 19. Jahrhunderts (1815).

„Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“ – Die Revolution 1918/19 in Gütersloh

von Peter Walkenhorst

I.

„Die größte aller Revolutionen hat wie ein plötzlich losbrechender Sturmwind das kaiserliche Regime mit allem, was oben und unten dazu gehörte, gestürzt. Man kann sie die größte aller Revolutionen nennen, weil niemals eine so fest gebaute, mit so soliden Mauern umgebene Bastille so in einem Anlauf genommen worden ist“. Mit diesen Worten kommentierte der liberale Journalist Theodor Wolff, damals einer der einflußreichsten deutschen Publizisten, den Sturz der Monarchie am 9. November 1918.¹⁾ Nicht alle Zeitgenossen teilten diese Bewertung der revolutionären Ereignisse. So schrieb Kurt Tucholsky 1920: „Die Revolution vom neunten November war keine. Dem unerhörten Mißbrauch einer absolutistischen Kommandogewalt folgte keinerlei Abrechnung. Offiziere und Beamte gingen straffrei aus. Sie waren einmal klein; am zehnten November. Sie hielten den Atem an. Nichts geschah. Aus Gummi, wie sie waren, schnellten sie alsbald wieder hoch, breiteten sich aus und waren überhaupt da.“²⁾

Waren sich schon die Zeitgenossen uneins in der Beurteilung der inneren Umwälzungen, die Deutschland im Winter 1918/19 erlebte, so gilt dies nicht minder für Historiker. Auch nach 75 Jahren zählt die Revolution von 1918/19 noch immer zu den umstrittensten Ereignissen der neueren deutschen Geschichte. Verdienen die aus der militärischen Niederlage geborenen radikalen Um-

wälzungen von 1918/19 überhaupt die Bezeichnung „Revolution“? War diese „Revolution“ erfolgreich, weil sie die Monarchie durch eine parlamentarische Demokratie ersetzte, oder muß sie als gescheitert angesehen werden, weil die weitgesteckten politischen und sozialen Ziele der revolutionären Massenbewegung nicht verwirklicht wurden? Was genau waren die Zielsetzungen der revolutionären Bewegung, und wie stand es um ihr Kräftepotential? War Deutschland in jenen Monaten mit der Gefahr einer Machtergreifung linksradikaler Gruppen konfrontiert, oder bestand vielmehr die Chance für eine tiefgreifende Demokratisierung von Staat und Gesellschaft – eine verpaßte Chance, die der Geschichte der Weimarer Republik eine andere Wendung hätte geben und sie vor der Selbsterstörung bewahren können?³⁾ Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, einigen dieser Fragen am Beispiel der revolutionären Ereignisse 1918/19 in Gütersloh nachzugehen. Eine solche Untersuchung ist schon deshalb sinnvoll, weil eine umfassende und systematische Darstellung der Revolution 1918/19 für Gütersloh – im Gegensatz zu anderen Städten der Region – bislang nicht vorliegt.⁴⁾ Als Quellen wurden hierzu die die Revolution von 1918/19 betreffenden Akten im Stadtarchiv Gütersloh sowie die entsprechenden Jahrgänge des „Gütersloher Tageblatts“ und der „Gütersloher Zeitung“ ausgewertet.⁵⁾

II.

Im Anfang war der Krieg. Wie überall in Deutschland wurde der Ausbruch des Ersten Weltkrieges auch in Gütersloh freudig begrüßt. Die allgemeine Kriegsbegeisterung wurde getragen von der Überzeugung, für eine „gerechte“ Sache zu Felde zu ziehen, und verstärkt durch die naive Hoffnung auf ein schnelles und siegreiches Ende des Krieges. Außerdem erwartete ein großer Teil der Bevölkerung, daß der bevorstehende Krieg auf die eine oder andere Weise all jene innenpolitischen Probleme lösen werde, die sich in den Vorkriegsjahren angehäuft hatten. Nach den ersten militärischen Rückschlägen und infolge der sich verschlechternden Versorgungslage folgten der anfänglichen Kriegsbegeisterung bald die Ernüchterung und der Wunsch nach Rückkehr zur Normalität. Mit der sich seit dem Sommer 1918 immer weiter verschlechternden militärischen Lage mehrten sich in der Bevölkerung die Zweifel an einem für das deutsche Reich erfolgreichen Ausgang des Krieges. Dennoch traf das Eingeständnis der militärischen Niederlage durch die Oberste Heeresleitung am 28./29. September 1918 die deutsche Öffentlichkeit unvorbereitet. Trotz der militärischen Rückschläge der vorangegangenen Wochen hatte sich die Mehrheit der Bevölkerung von der amtlichen Propaganda über den Ernst der militärischen Lage hinwegtäuschen lassen. Die offiziellen „Siegesmeldungen“ leisteten dem weitverbreiteten Wunschdenken Vorschub, der nächste Schlag werde den Feind endgültig zur Resignation zwingen. Die Folgen dieser Verblendung blieben nicht aus: Fassungslosigkeit und Verzweiflung waren die Reaktion auf das Eingeständnis der Niederlage.⁹⁾ Doch nicht der Schock der Niederlage, sondern die Entwicklung innerhalb der Streitkräfte wurde zum Auslöser der Revolution. Die Revolution 1918/19 begann als Militärrevolte. Am 28. Oktober 1918 revoltierten in

Wilhelmshaven mehrere tausend Matrosen gegen den von der Seekriegsleitung ohne Wissen der Reichsregierung befohlenen Flottenvorstoß in die Nordsee, der eine letzte Verzweigungsschlacht und damit den „ehrenvollen Untergang“ der deutschen Flotte herbeiführen sollte. Die Verhaftung von etwa eintausend meuternden Matrosen führte zu zahlreichen Solidaritätskundgebungen, in deren Folge es in Kiel zu Schießereien und der Gründung von Soldatenräten kam. Die militärische Führung verlor die Kontrolle über die Soldaten und erklärte sich schließlich bereit, den Forderungen der Aufständischen entgegenzukommen. Am Abend des 4. November befand sich Kiel in der Hand der rebellierenden Matrosen und Soldaten. Von Kiel aus breitete sich die Revolution lawinenartig über Deutschland aus. Überall, wohin die ausschwärmenden Matrosen gelangten, schlossen sich ihnen die Soldaten der örtlichen Garnisonen und die Arbeiter der Fabriken an. Unter der Leitung der lokalen Funktionäre von SPD, USPD und Gewerkschaften entstanden vielerorts Arbeiter- und Soldatenräte, ohne daß sich nennenswerter Widerstand dagegen erhob. Über Hannover und Köln erreichte die Umsturz-bewegung Westfalen. Am 8. November trafen aufständische Matrosen in Bielefeld ein. Am 9. November bildeten sich in Halle ein Soldatenrat, in Herford ein Arbeiter- und Soldatenrat, und in Bielefeld fand die erste Sitzung des „Volks- und Soldatenrats“ statt. Am selben Tag griffen die revolutionären Ereignisse auch auf Gütersloh über.

III.

Während in Berlin Philipp Scheidemann die Republik ausrief, bildeten die Angehörigen der in Gütersloh stationierten Wachkompanie am Vormittag des 9. November einen Soldatenrat. Dieser setzte sich mittags mit der Wache auf dem Bahnhof in Verbindung, die sich ihm anschloß. Nachmittags wurde

im Hotel Kaiserhof ein Zimmer für Beratungen eingerichtet, und um 20 Uhr fand eine Soldatenversammlung im Gehleschen Saale (Gasthof zum Bahnhof) statt. Wie das „Gütersloher Tageblatt“ berichtete, verlief die Revolution in „größter Ruhe und Ordnung“. Der Soldatenrat stieß auf keinerlei Widerstand seitens der Militär- und Zivilbehörden, die sich im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit der neuen Autorität unterstellten. „Jrgendwelche Verkehrs- oder sonstige Stockung ist durch die Neubildung nicht hervorgerufen und die Ordnung nirgends gestört worden.“⁷⁾ Noch im Laufe des 9. November traf der zwölfköpfige Soldatenrat (bestehend aus acht Landsturmännern, drei Gefreiten und einem Sanitäts-Sergeanten) mit den offiziellen Vertretern der Stadt, repräsentiert durch den Garnisonsältesten Oberst von der Groben, den Vertreter der Bahnhofskommandantur Major Schulte-Mönting sowie Bürgermeister Thummes zusammen. Die bei diesem Treffen ausgehandelten Vereinbarungen für eine Übergangsregelung wurden am 10. November unter dem Titel „Die neue militärische Ordnungsgewalt in Gütersloh“ veröffentlicht. Inhaltlich zielten die insgesamt zwölf Bestimmungen auf ein Arrangement mit den Trägern der alten Militär- und Zivilgewalt. Die militärische Gewalt sollte von nun an durch den Garnisonsältesten bzw. dessen Vertreter und die Mitglieder des Soldatenrates gemeinsam ausgeübt werden. Um Blutvergießen zu vermeiden, wurde beschlossen, Waffen und Munition „in gemeinschaftliche Verwahrung“ zu nehmen. Der Soldatenrat verpflichtete sich, „für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen“. Der öffentliche Verkehr, die Arbeit in den Fabriken und die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sollten aufrechterhalten, Plünderungen strengstens bestraft werden. Die Zivil- und Militärpersonen wurden ermahnt, „Ruhe und Disziplin“ zu wahren und sich „nicht unnützerweise auf Straßen und Plätzen aufzuhalten“. Der Ausschank von Branntwein in

Lokalen und Hotels wurde streng verboten. Zur Kennzeichnung sollten die Mitglieder des Soldatenrats am linken Oberarm eine mit der Aufschrift „Arbeiter- und Soldatenrat“ versehene weiße Binde mit roten Streifen tragen. Den Offizieren der Garnison wurde das Tragen von Waffen verboten, gleichzeitig aber erlaubt, ihre Rangabzeichen weiterzutragen.⁸⁾ Diese Vereinbarungen für eine Übergangsregelung zeigen, daß der Gütersloher Soldatenrat alles andere als den Umsturz der bestehenden Ordnung zum Ziel hatte. Die Bildung des Soldatenrats und seine Beteiligung an Regierung und Verwaltung war keine von einer revolutionären Gruppe geplante und durchgeführte Umsturzaktion, sondern eine spontane Bewegung der kriegsmüden Soldaten, die eine sofortige Beendigung des Krieges erzwingen wollten. Eine politische Programmatik lag dieser Bewegung nicht zugrunde. Vielmehr ging es den Mitgliedern des Soldatenrats ebenso wie den staatlichen Behörden um die Lösung der dringenden, durch die Niederlage und die Demobilisierung geschaffenen Probleme.⁹⁾ Unabdingbare Voraussetzung für die Lösung der Versorgungs- und Demobilisierungsprobleme war die Funktionstüchtigkeit der staatlichen Verwaltung und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Der Soldatenrat, der seit dem 12. November die militärische Gewalt für den gesamten Kreis Wiedenbrück ausübte, nahm daher vorwiegend polizeiliche Aufgaben wahr und trat politisch kaum in Erscheinung.¹⁰⁾ Eine eigenständige politische Rolle konnte der Soldatenrat auch deshalb nicht spielen, weil er – im Gegensatz zu dem ebenfalls während der Revolution entstandenen „Volksrat“ – nicht selbständig handelte, sondern dem Bezirkssoldatenrat in Bielefeld unterstand.¹¹⁾ Die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Soldatenrat funktionierte ohne größere Schwierigkeiten.¹²⁾ Bereits am 9. Dezember 1918 kamen die Stadt Gütersloh und der

Soldatenrat überein, daß der Soldatenrat Wachen und Posten nicht länger für polizeiliche Aufgaben, sondern ausschließlich für die Bewachung militärischer Einrichtungen bereitzustellen habe. Nach den reibungslos verlaufenden Wahlen zur Nationalversammlung und zur Preußischen Landesversammlung am 19. bzw. 26. Januar 1919 löste sich der Soldatenrat im Einvernehmen mit den staatlichen Stellen am 1. März 1919 auf.¹⁷⁾ Seine Befugnisse gingen auf die Polizeibehörde über. Die Bewachung der militärischen Anlagen wurde von einer der Stadt unterstellten Sicherheitswehr, die sich aus ehemaligen Militärangehörigen rekrutierte, übernommen.¹⁸⁾

IV.

Der Soldatenrat war nicht die einzige institutionelle Neuschöpfung der Revolution in Gütersloh. Am Abend des 10. November fand im Gehlischen Saale eine „öffentliche Volksversammlung“ zur Gründung eines Arbeiterrats statt, zu der ein „vorläufiger Ausschuß“ die Gütersloher Bevölkerung eingeladen hatte.¹⁹⁾ Aufgrund des großen Andrangs mußte eine Parallelveranstaltung im Saale Palmeyer (Gasthof zur Krone) abgehalten werden. Nach der Eröffnung durch den der christlichen Gewerkschaft angehörenden Dreher Heinrich Clasmeyer sprach der Bielefelder Sozialdemokrat und ehemalige Reichstagsabgeordnete Carl Severing als Hauptredner auf beiden Versammlungen. Unter dem Beifall der Versammelten sagte Severing: „Die Demokratie – das heißt nicht die Diktatur der Arbeiter – ist Gegnerin der Alleinherrschaft und auch Klickehherrschaft. Eine Volksherrschaft soll zur Geltung kommen, nicht mehr und nicht weniger, jeder soll sein Recht haben . . . Wenn man heute einen Arbeiterausschluß ausschließlich aus Arbeitern wählt, so soll das nur eine provisorische Maßnahme sein, weil diese grundsätzlich für die

Neuordnung eintreten, die anderen Gruppen sollen aber darum nicht ausgeschlossen werden, wenn sie sich zur Neuordnung bekennen . . . Wir wollen keinen Bolschewismus, sondern die gleichen Rechte für alle Staatsbürger und das müssen sie auch in Gütersloh für sich in Anspruch nehmen.“²⁰⁾ Dem Einfluß Severings ist es zuzuschreiben, daß sich der Gütersloher Arbeiterrat noch während der Gründungsversammlung in „Volksrat“ umbenannte. Durch die Bezeichnung „Volksrat“ sollte bereits formal dokumentiert werden, daß der Gütersloher Arbeiterschaft diktatorische Absichten fern lagen und allen Teilen der Bevölkerung die Möglichkeit zur Mitarbeit eröffnet werden sollte. Die Gütersloher folgten hierin dem Beispiel des Bielefelder Arbeiter- und Soldatenrats, der bereits am Vortag auf Vorschlag Severings die Bezeichnung „Volks- und Soldatenrat“ beschlossen hatte.²¹⁾

Bei der anschließenden Abstimmung zeigte sich, daß die Versammelten gewillt waren, Severing beim Wort zu nehmen. Als der „vorläufige Ausschuß“ eine Liste mit Personen für den Volksrat zur Wahl stellte, erhob sich „lebhafter Widerspruch“, weil alle vorgeschlagenen Personen aus der Arbeiterschaft stammten. „Ein Vorschlag aus der Versammlung, von der Bildung des Arbeiter-Rats jetzt abzusehen, da nur solche Männer in Betracht kommen könnten, die das Vertrauen Aller hätten, wurde mit Bravorufen begleitet.“²²⁾ Der „vorläufige Ausschuß“ fügte sich dem Willen der Versammlung. Gewählt wurde lediglich ein aus 20 Arbeitern bestehender „provisorischer Volksrat“, dem u. a. die Sozialdemokraten Heinrich Wixforth, Josef Pauker, Reinhard Wagner und Adolph Kampmann angehörten. Die endgültige Wahl des Volksrats wurde auf eine spätere Volksversammlung vertagt.

Diese zweite Wahlversammlung wurde für den 14. November um 20 Uhr einberaumt. Für diese Versammlung mobilisierte Polizeikommissar Böhme im Rathaus die Beamten und Angestellten. Es sei erforderlich, schrieb

Böhme in einer zum Umlauf bei den Stadtbediensteten bestimmten Notiz, „daß der Beamtenstand einen Vertreter in den Volksrat senden kann. Heute abend ist Gelegenheit. Jeder erscheine.“²³⁾ Diese gewissermaßen „dienstliche“ Aufforderung zur Teilnahme an der Volksversammlung macht deutlich, daß die alten Autoritäten keineswegs daran dachten, ihren Einfluß widerstandslos preiszugeben. Auf der Versammlung am 14. November griff Böhme direkt in die Diskussion um die Zusammensetzung des Volksrats ein: „Wir in Gütersloh haben den Umsturz schnell und glatt erledigt und heute streiten wir um diese Kleinigkeit. Der Volksrat muß demokratisch sein, denn auch die Regierung steht auf diesem Standpunkt. Die Arbeiterpartei geht auf nichts anderes ein, denn sie hat sich dieses Recht erkämpft und wird es sich nicht nehmen lassen. Hilfe jeder, Mann und Frau, Jung und Alt, mit an dem Wiederaufbau des Vaterlandes. Es wird heute von keinem verlangt, daß er mit seiner Gesinnung unzufrieden ist, aber er muß sich den bestehenden Verhältnissen anpassen.“²⁴⁾ Böhmes Rede ist charakteristisch für die Haltung der alten Autoritäten gegenüber der neuen Ordnung. Verunsichert durch den Sturz der Monarchie unterstützten sie widerwillig die neue republikanische Regierung, um eine weitere Radikalisierung der Revolution zu verhüten. Die „Anpassung an die bestehenden Verhältnisse“ entsprang dabei taktischem Kalkül, nicht innerer Überzeugung.

Ganz im Sinne Böhmes beschloß der „provisorische Volksrat“, zusätzliche Personen zur Ergänzung der bereits gewählten Arbeitervertreter zu wählen.²⁵⁾ Auf diese Weise wurden elf weitere Vertreter – Landwirte, Kaufleute, ein Verwaltungsbeamter und ein Lehrer – in den Volksrat gewählt, der sich nunmehr aus 31 Mitgliedern zusammensetzte.²⁶⁾ Als Vorsitzende des Volksrats wurden zwei Metallarbeiter gewählt – der der christlichen Gewerkschaftsbewegung angehörende Heinrich Clasmeyer und der Sozial-

demokrat Joseph Pauker. Beide wurden auch als Deputierte für den Kreisvolksrat bestimmt.²⁷⁾

Schon die Bezeichnung „Volksrat“ und die Beteiligung bürgerlicher Vertreter an der „revolutionären“ Institution macht deutlich, daß sich der Volksrat ebensowenig wie der Soldatenrat als ein Instrument des Klassenkampfes verstand. Wie Eberhard Kolb gezeigt hat, betrachteten sich die meisten Arbeiterräte in Deutschland (zumindest bis zum Frühjahr 1919) als ein Provisorium, das errichtet werden mußte, um die demokratische Regierung zu unterstützen, bis sich in Reich, Ländern und Gemeinden parlamentarische Körperschaften konstituiert hatten. Ihr Ziel war nicht die Machtergreifung nach der Parole „Alle Macht den Räten“, sondern Krisenmanagement im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden, um die elementaren, aus Niederlage und Demobilisierung entstandenen Probleme zu lösen.²⁸⁾

Der Gütersloher Volksrat bildete hier keine Ausnahme. Auch er verstand sich als eine Übergangslösung, die – wie eines seiner Mitglieder erklärte – notwendig geworden war, „weil nach dem Umsturz das notwendige Vertrauen zu den alten Organisationen, wengleich auch in deren Absicht gelegen habe nur gutes zu leisten, nicht mehr in allen Kreisen bestanden habe.“²⁹⁾ Seine Hauptaufgabe sah der Volksrat dementsprechend in der Vermittlung zwischen Bevölkerung und Verwaltung. In einer Bekanntmachung vom 30. November 1918 rief der Volksrat die Bevölkerung auf, sich gegen Wucherpreise zu wehren und Hilfe im Geschäftszimmer des Volksrates (Rathaus Zimmer 13) zu suchen.³⁰⁾ Als es im Februar und März 1919 zu einem erbitterten Streit zwischen der Gütersloher Bäcker-Innung und der hiesigen Niederlassung des Bielefelder Konsumvereins um die Qualität des gebackenen Brotes kam, bemühte sich der Volksrat zu schlichten.³¹⁾

Neben seiner Funktion als Appellationsinstanz für die Bevölkerung erhob der Volksrat

auch den Anspruch, das Handeln der Verwaltung zu kontrollieren. Zu diesem Zweck wählte er am 21. November 1918 einen aus sieben Mitgliedern bestehenden Vollzugsausschuß sowie eine verköpfige Kommission zur Überwachung der Kohlenverteilung. Außerdem wurden zwei Mitglieder des Vollzugsausschusses zur Kontrolle der Verwaltung gewählt. Aufgabe des Vollzugsausschusses war es, die Beschlüsse des Volksrats in die Tat umzusetzen. Ihm gehörten als Vorsitzende die Dreher Joseph Pauker und Heinrich Clasmeyer, als Schriftführer der Verwaltungsassistent Peter Walkenhorst²¹⁾ und der Kleinhändler Kampmann, sowie als Beisitzer der Tischler Heinrich Birkholz, der Landwirt Josef Jacobfeuerborn, der Bauunternehmer Westheermann und der Kaufmann Schenk an. Der Kommission zur Überwachung der Kohlenverteilung gehörten der Schneidermeister Stolte, der Buchbinder Heilmann, der Polier Unger und der Photograph Goldbecker an.²²⁾

Das Maß der tatsächlichen Kontrolle, das der Volksrat über die Verwaltung ausübte, war jedoch äußerst gering. Bereits am 4. Dezember 1918 beschloß der Volksrat, künftig nur noch ein Mitglied des Vollzugsausschusses zur Kontrolle bei der Verwaltung zu belassen.²³⁾ Eine wirksame Kontrolle der Verwaltungstätigkeit durch den Volksrat war spätestens seit diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich und ist auch zuvor niemals ernsthaft versucht worden. Wie aus einer behördeninternen Aufzeichnung hervorgeht, beanspruchte der Volksrat noch nicht einmal eine beratende Stimme für seine an den Magistratsitzungen teilnehmenden Mitglieder.²⁴⁾ Diese kontrollpolitische Passivität ist umso erstaunlicher, als die alten Autoritäten durchaus zu einer intensiveren Zusammenarbeit mit und Kontrolle durch den Volksrat bereit gewesen wären. Dies geht eindeutig aus dem Erlaß des preußischen Innenministeriums vom 14. November 1918 hervor, der die untergeordneten Verwaltungsbehörden

anwies die Arbeiter- und Soldatenräte als Kontrollinstanzen anzuerkennen und „bei allen wichtigen Verhandlungen“ hinzuzuziehen.²⁵⁾ Dieser Erlaß wurde durch ein Schreiben des Innenministers vom 27. November 1918 noch einmal ausdrücklich bestätigt.²⁶⁾ Der Gütersloher Volksrat hat von den ihm durch diese Erlasse eröffneten Möglichkeiten keinen Gebrauch gemacht. So konnte der Magistrat im Juni 1919 in einem Bericht zutreffend feststellen: „Der hiesige Volksrat ist seit Bestehen der neuen Stadtverordnetenversammlung nicht mehr in Tätigkeit getreten. Eine eigentliche Kontrolltätigkeit hat er nie ausgeübt. Er nahm an den Stadtverordneten-sitzungen teil, kümmerte sich um die Verteilung von Nahrungsmitteln und Kohlen und erteilte Rat in den das öffentliche Leben berührenden Fragen.“²⁷⁾

In der Tat ist der Volksrat nach der Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung am 2. März 1919 nicht mehr in Erscheinung getreten. In der ersten Sitzung der neugewählten Versammlung erklärten die Vertreter der bürgerlichen Parteien den Volksrat für nicht länger erforderlich. Der Volksrat war offensichtlich ähnlicher Auffassung, denn über weitere Aktivitäten ist nichts bekannt. Allerdings hielt der ehemalige Vorsitzende des Volksrats und neue sozialdemokratische Stadtverordnete Pauker weiterhin Sprechstunden im Rathaus ab, für die die Stadt ihn bezahlte. Der entscheidende Grund für stillschweigende Selbstauflösung des Volksrats lag in der Tatsache, daß nach der Stadtverordnetenwahl am 2. März 1919 zum erstenmal in der Geschichte Güterslohs sozialdemokratische Vertreter ins Rathaus einzogen, unter ihnen auch Mitglieder des Volksrats. Nach der Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts hatten die Sozialdemokraten 23,8% der Stimmen errungen – gegenüber 58% für den aus der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), der Deutschen Volkspartei (DVP) und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) gebildeten „Bürgerblock“. Mit sieben

Sozialdemokraten im Rathaus²⁸⁾ schien der Arbeiterschaft eine angemessene Vertretung ihrer Probleme und Interessen gewährleistet. Auch für sie war der Volksrat überflüssig geworden.

V.

Das Gütersloher Beispiel verdeutlicht den ambivalenten Charakter der Revolution 1918/19. Die Revolution bedeutet das Ende des monarchischen Obrigkeitsstaates und die Einführung der parlamentarischen Demokratie. Den politischen und sozialen Errungenschaften der Revolution – allgemeines und gleiches Wahlrecht auch für Frauen, Anerkennung der Gewerkschaften, Einführung des Achtstundentages – stand die Kontinuität der alten Autoritäten in Militär und Verwaltung gegenüber. Die politischen und bürokratischen Strukturen der alten Ordnung wurden durch die Revolution nicht angetastet.

In Gütersloh blieb die Arbeit sämtlicher Behörden durch die Tätigkeit des Soldaten- bzw. Volksrates unbeeinträchtigt. Die Spitzenbeamten des Kaiserreichs, Bürgermeister Thummes und Landrat Klein, überstanden den Umbruch politisch unbeschadet. Für die junge Demokratie bedeutet dies eine schwere Hypothek, da die Mehrzahl der alten Beamten der neuen Staatsform ablehnend gegenüberstand. Die Träger der revolutionären Bewegung, insbesondere die Sozialdemokraten, versäumten, die Gunst der Stunde zu nutzen und auf weitgehende Demokratisierung von Militär und Verwaltung zu drängen. Zwar kamen Volks- und Soldatenrat, wenn sie ein allgemeines Chaos verhindern wollten, an einer begrenzten Zusammenarbeit mit den Trägern des alten Regimes nicht vorbei. Das Ausmaß dieser Zusammenarbeit war jedoch erheblich größer, als die Situation es erforderte. Vor allem der völlige Verzicht auf eine Kontrolle der Verwaltung seitens des Volksrats verhinderte eine grundlegende Reform der alten Strukturen.²⁹⁾

Der mangelnde politische Gestaltungswille des Volksrats war Ausdruck einer obrigkeitsstaatlichen Mentalität, die auf die Aufrechterhaltung der Ordnung fixiert blieb und diesem Ziel alles andere unterordnete. Wenn das „Gütersloher Tageblatt“ am 11. November 1918 schrieb: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“, dann brachte es damit nicht nur die Haltung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zum Ausdruck, sondern auch die Auffassung der Träger der revolutionären Bewegung. Für die Revolution 1918/19 in Gütersloh trifft daher die Feststellung Reinhard Rürups zu: „Nicht die Revolution, sondern die der Revolution abgerengene Kontinuität war die Basis der Weimarer Demokratie.“³⁰⁾

1) Leitartikel im Berliner Tageblatt vom 10. 11. 1918, zitiert nach: Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924. Berlin/Bonn 1984, 58.

2) Kurt Tucholsky, Militärbilanz, in: ders., Gesammelte Werke, in 10 Bänden, hrsg. von Mary Gerold-Tucholsky u. Fritz J. Raddatz, Bd. 2 (1919–1920), Reinbek 1960, 306–315 (hier: 309).

3) Zur Revolution 1918/19 und der Diskussion in der Forschung vgl. Ulrich Kluge, Die Deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt 1965; Heinrich August Winkler, Die Revolution 1918/19 und das Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift (HZ) 250, 1990, 303–319; Reinhard Rürup, Demokratische Revolution und „dritter Weg“. Die Revolution von 1918/19 in der neueren wissenschaftlichen Diskussion, in: Geschichte und Gesellschaft (GG) 9, 1963, 278–301; Wolfgang J. Mommsen, Die deutsche Revolution 1918–1920, in: GG 4, 1978, 362–391; Eberhard Kolb, 1918/19. Die steckengebliebene Revolution, in: Carola Stern u. Heinrich A. Winkler (Hg.), Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945, Frankfurt 1967, 87–109.

- 4) Die bislang einzige Darstellung, die sich jedoch auf die militärischen Aspekte der Revolution beschränkt, bei Joachim Kulla, Soldatenrat, Sicherheits- und Bürgerwehr in Dokumenten, Was Ruhe und Ordnung 1918 bedeuteten, in: Gütersloher Beiträge zur Heimat- und Landeskunde, 1987, 271 – 275. Zur Revolution 1918/19 in Ostwestfalen vgl. Klaus-Ulrich Seifert, Die rote Fahne über der Simeonskaseme, Die Novemberrevolution 1918 in Minden, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins 62, 1990, 155 – 161; Regine Bodeker u. Karl-Theodor Siller, Vom Januar-Streik zur Juni-Revolution – Die Beiefelder Sozialdemokratie vor und in der Revolution 1918/19, in: Elisabeth Harder-Gensdorff u. a. (Hg.) Beiträge zur Geschichte der Beiefelder Arbeiterbewegung, Beiefeld 1981; Erich Kittel, Die Revolution von 1918 in Lippe, in: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde 37, 1968, 32 – 153.
- 5) Ein Teil der Quellen ist im ersten Band der von Joachim Kulla im Auftrag des Stadtarchivs zusammengestellten Quellensammlung „Gütersloher Geschichte 1918 – 1955. Alltag in bewegter Zeit“ gesammelt. Die Quellensammlung ist im Stadtarchiv Gütersloh einsehbar.
- 6) Zur Entwicklung der öffentlichen Meinung in Gütersloh während des Ersten Weltkrieges vgl. Günter Berne, Stimmung und Propaganda im Ersten Weltkrieg, in: Gütersloher Beiträge zur Heimat- und Landeskunde, Nr. 38/39, 1993, 800 – 812; sowie die übrigen Beiträge dieses Heftes.
- 7) Gütersloher Tageblatt, 11. 11. 1918, Gütersloher Zeitung, 11. 11. 1918.
- 8) „Die neue militärische Ordnungsmacht in Gütersloh“, Stadtarchiv Gütersloh, D 967 und D 2040, vgl. Kulla, Soldatenrat, 271 – 272.
- 9) Vgl. Kluge, Die deutsche Revolution, 58 – 65; ders., Soldatenräte und Revolution, Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975.
- 10) „Bekanntmachung für den Kreis Wiederbrück“, v. 12. 11. 1918, Stadtarchiv Gütersloh, D 2040. In der Bekanntmachung heißt es weiter: „Sämtliche Zivilbehörden üben ihre bisherige Tätigkeit weiter aus. Die Bevölkerung wird dringend ersucht, Ruhe und Ordnung zu halten. Jeder erfülle in seinem Berufe seine Pflicht und gehe ruhig seiner gewohnten Beschäftigung nach.“
- 11) Schreiben des Magistrats v. 21. 01. 1919, Stadtarchiv Gütersloh, D 967.
- 12) Am 12. 11. 1918 schrieb Landrat Klein an den Regierungspräsidenten in Minden: „Der Soldatenrat ist bestrebt, Hand in Hand mit den Zivilbehörden für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Irgendwelche Zwischenfälle haben sich bisher nicht ereignet.“ Zitiert nach Kulla, Soldatenrat, 272.
- 13) Aktennotiz des Polizeikommissars Böhme u. Bekanntmachung des Soldatenrats v. 27. 02. 1919, Stadtarchiv Gütersloh, D 2040.
- 14) Vgl. Kulla, Soldatenrat, 272 – 275.
- 15) Anschlagzettel vom 10. 11. 1918, Stadtarchiv Gütersloh, D 2040.
- 16) Gütersloher Zeitung u. Gütersloher Tageblatt v. 11. 11. 1918. Die wichtigsten Passagen der Rede sind zitiert bei Manfred Brinker, Für Demokratie und Sozialismus. 75 Jahre SPD Gütersloh, Gütersloh o. J., 45 – 47.
- 17) Vgl. Carl Severing, Mein Lebensweg, Bd. I, Köln 1950, 227 – 228; Thomas Alexander, Carl Severing, Sozialdemokrat aus Westfalen mit preußischen Tugenden, Beiefeld 1992, 96 – 107; Byung-Lyun Yi, Arbeiterbewegung in Beiefeld, 1914 – 1919, phil. Diss. Beiefeld 1990, 185; Bodeker/Siller, Vom Januar-Streik zur Juni-Revolution, 107. Die „Gütersloher Zeitung“ kommentierte die Umbenennung wie folgt: „Das Wort Arbeiterrat wird verändert, weil alle Bürger aller Stände mitwirken sollen zum gemeinsamen Wohl.“ (Gütersloher Zeitung, 11. 11. 1918).
- 18) Gütersloher Tageblatt, 11. 11. 1918; vgl. auch die Gütersloher Zeitung vom selben Tag.
- 19) Handschriftliche Notiz des Polizeikommissars Böhme v. 14. 11. 1918, Stadtarchiv Gütersloh, D 2040.
- 20) Gütersloher Zeitung, 15. 11. 1918.
- 21) Ein Gewerkschaftssekretär aus Beiefeld begründete diese Haltung: „Es sei durchaus nicht die Absicht, eine sozialdemokratische Demokratie zu gründen, sondern alle Kreise, die bereit und willens sind, an dem neuen Aufbau des Reiches mitzuwirken, sollen die Möglichkeit haben, durch ihre Körperschaft teilzunehmen.“ (Gütersloher Zeitung, 15. 11. 1918).
- 22) Nach den Angaben des „Gütersloher Tageblatts“ vom 15. 11. 1918 setzte sich der Volksrat aus den folgenden Berufsgruppen zusammen: Vier Tischlern, drei Drehmern, drei Arbeitern, einem Buchbinder, einem Sattler, einem Lokomotivführer, einem Eisenbahnhandwerker, einem Oberpostschaffner, einem Werkmeister, einem Polier, einem Fotografen, einem Kleinhändler, zwei Schneidermeistern, einem Wirt, drei Kaufleuten, einem Fabrikanten, einem Bauunternehmer, zwei Landwirten, einem Lehrer und einem Verwaltungsassistenten.
- 23) Der Kreisvolksrat setzte sich aus Deputierten der Amtsbeiräte und Volksräte der Städte zusammen. Die Stadt Gütersloh stellte zwei Vertreter, die Städte Wiederbrück, Rheda und Rietberg je einen; vgl. Kulla, Gütersloher Geschichte, Stadtarchiv Gütersloh, Bd. I, Teil B, S. 13.
- 24) Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 – 1919, Düsseldorf 1961; ders., Rätewirklichkeit und Räte-Ideologie in der deutschen Revolution von 1918/19, in: ders. (Hg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, 165 – 184.
- 25) Erklärung des Landwirts und Volksratsmitglieds Josef Jakobfeuerborn in der Gütersloher Zeitung v. 21. 12. 1918.
- 26) Bekanntmachung des Volksrats in der Gütersloher Zeitung v. 30. 11. 1918.
- 27) Gütersloher Zeitung v. 26. 3. 1919. Zum sog. „Brotstreik“ vgl. Kulla, Gütersloher Geschichte, Stadtarchiv Gütersloh, Bd. I, Teil B, S. 22 – 24.
- 28) Nicht mit dem Verfasser identisch.
- 29) Gütersloher Tageblatt v. 22. 11. 1918.
- 30) Schreiben des Volksrats v. 4. 12. 1918, Stadtarchiv Gütersloh, D 967.
- 31) Aufzeichnungen des Magistrats vom 21. Januar 1919, Stadtarchiv Gütersloh, D 967.
- 32) Eine Kopie des Erlasses mit einem Begleitschreiben des Landrats, das auf den 15. 11. 1918 datiert ist, findet sich im Stadtarchiv Gütersloh, D 967. Die in Beiefeld erscheinende sozialdemokratische „Volkswacht“ veröffentlichte den Erlaß am 16. 11. 1918, vgl. Bodeker/Siller, 112, 129.

- 33) „Die Gemeindeverwaltungsbehörden, insbesondere in den Städten, haben sich auf Verlangen der Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte zu unterstellen und sie bei allen wichtigen Verhandlungen zuzuziehen“, Minister des Innern, 27. 11. 1918, Stadtarchiv Gütersloh, D 967.
- 34) Schreiben des Magistrats v. 29. 7. 1919 an den Kreisausschuß des Kreises Wiederbrück betreffend der Kontrolltätigkeit des Volksrats, Stadtarchiv Gütersloh, D 967.
- 35) Heinrich Wiforh, Wilhelm Harlinghausen, August Poppenburg, Joseph Pauker, Fritz Schömann, Heinrich Rust und Adolf Kampmann; vgl. Brinker, Für Demokratie, 50 – 51.
- 36) Vgl. Winkler, Von der Revolution, 68 – 96; ders., Die Sozialdemokratie und die Revolution von 1918/19. Ein Rückblick nach sechzig Jahren, Berlin/Bonn 1979.
- 37) Reinhard Rürup, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968, 5.

Ausstellungen im Stadtmuseum von Heinrich Lakämper-Lührs

Nach der jetzt im Sonderausstellungsraum des Stadtmuseums Gütersloh laufenden Weihnachtsausstellung „SpielZeugen. Spielzeug als Zeitzeuge“, die noch bis zum 16. Januar 1994 zu besichtigen ist und wieder vor allem aus Leihgaben von Privatleuten aus Gütersloh und der Umgebung zusammengetragen wurde, folgt als nächste Sonderausstellung „Supermarkt und Emmaladen. Aus der Geschichte der Warenverpackung“. Diese Präsentation wurde vom Westfälischen Museumsamt Münster zusammengestellt und rückt Entstehung und Entwicklung der Verpackung in den Mittelpunkt einer kulturhistorischen Ausstellung. Es geht um die technischen und gebrauchsgrafischen Aspekte der Verpackung von Waren und um den Wandel, der durch das Aufkommen der Supermärkte nach dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst wurde. Ergänzend zu dieser Wanderausstellung möchte die Ortsarbeitsgemeinschaft der Verbraucher, ein Zusammenschluß von Organisationen wie der Katholischen Frauengemeinschaft (kfd) und „Frau und Kultur“, auf aktuelle Verpackungs-

und Müllprobleme aufmerksam machen. „Supermarkt und Emmaladen“ wird voraussichtlich bis Ende März im Stadtmuseum Gütersloh zu sehen sein. Angelaufen sind auch Vorbereitungen zu weiteren ortsbegrenzten historischen Ausstellungen. So wird über eine Präsentation zum hundertjährigen Bestehen des St. Elisabeth-Hospitals am 27. September 1994 nachgedacht und die Dokumentation „Bauerschaft Pavenstädt“ vorbereitet. Sie soll nach dem außergewöhnlichen Erfolg der von Heinrich Kornfeld zusammengetragenen Dokumentation „Bauerschaft Blankenhagen 1201 – 1828“ den Menschen in und um Gütersloh erneut eine Chance geben, die Entwicklung ihres Wohn- und Lebensraumes vor der heutigen Phase der Stadtentwicklung kennenzulernen. Für 1995 ist zudem eine Dokumentation über den Bombenkrieg auf Gütersloh in Vorbereitung, in der vor allem Fotos und Zeitzeugen die Geschehnisse bis hin zum letzten großen Luftangriff im März 1945 schildern sollen.

Neuer wissenschaftlicher Mitarbeiter im Stadtmuseum

Redaktion

Die Restaurierung des Fachwerkhäuses Kökerstraße 7 für den zweiten Bauabschnitt des Stadtmuseums Gütersloh schreitet seit September 1992 sichtbar voran. Nun wird der Museumsleiter Heinrich Lakämper-Lührs bei der Vorbereitung der Ausstellungssequenzen von einem kompetenten Fachwissenschaftler unterstützt. Seit Anfang November 1993 verstärkt der Volkskundler Dr. Franz-Josef Kosel das Museumsteam. Er wird ein Jahr lang die laufenden Arbeiten und die konzeptionellen Vorarbeiten für das Fachwerkhaus unterstützen. Langjährige und breit gestreute Museumserfahrungen des in Münster lebenden Wissenschaftlers werden unserem Projekt zugute kommen. Auch in Zukunft werden die Inhalte und Schwerpunkte der Museumsarbeit durch die ehrenamtliche Mitarbeit vieler interessierter Gütersloherinnen und Gütersloher im Ar-

bbeitskreis Stadtmuseum und im Eickhoff-Kreis mitbestimmt. Die Erforschung der Gütersloher Geschichte und die Beschaffung aussagekräftiger Ausstellungsstücke machen jedoch kontinuierliche Forschungs- und Sammeltätigkeit notwendig, da insbesondere die Geschichte der letzten 150 Jahre noch nicht umfassend erforscht ist. Ehrenamtliche Mitarbeit allein kann hier nicht genügen, aber das Museum kann auch nicht auf sie verzichten. Voraussichtlich im Frühjahr nächsten Jahres werden Museumsleiter Heinrich Lakämper-Lührs und sein neuer Mitarbeiter Dr. Kosel ein „Drehbuch“ für die Einrichtung des neuen Hauses vorlegen. Der Heimatverein als Träger des Museums hofft auf die Unterstützung vieler Bürgerinnen und Bürger und ein gutes Ergebnis.

120 Jahre Heimatarbeit in Gütersloh

von Otto Walger

Mit der am 20. November 1873 erfolgten Gründung eines „Historischen Vereins“ nahm die Heimatarbeit in Gütersloh ihren Anfang. Mit der Gründungsgeschichte sind die Namen Prof. Albert Muncke und Friedrich Eickhoff eng verbunden. Über die damalige Vereinstätigkeit liegen uns nur wenige schriftliche Nachweise vor. Erste Ergebnisse der heimatgeschichtlichen Forschungen und Faktensammlungen finden wir in der in weiten Teilen noch heute gültigen „Geschichte der Stadt und Gemeinde Gütersloh“, die 1904 von Prof. Hermann Eickhoff, einem Sohn des genannten Friedrich Eickhoff, verfaßt wurde.



Prof. Albert Muncke (1834 - 1878)

Mehr als zwanzig Jahre war es dann still um den Historischen Verein, auch einer kurz vor dem Ersten Weltkrieg erfolgten Neugründung war keine lange Lebensdauer beschieden.

Erst 1925 gründeten 138 Bürger den (nunmehr) „Heimatverein“ neu, erster Vorsitzender war der am Ev. Stift. Gymnasium lehrende Studienrat Dr. Hans Richter, der dem Verein für acht Jahre neue Aufgaben und Ziele gab. Von Richter erschienen zahlreiche Veröffentlichungen zu heimatkundlichen Themen, am bekanntesten ist das gemeinsam mit Hermann Goldstein herausgegebene Buch „Die evangelische Gemeinde Gütersloh in Vergangenheit und Gegenwart“ (1928).



Dr. Johannes Richter (1862 - 1933)

Auch seitens der Stadtverwaltung zeigten sich heimatkundliche Interessen: hier war es besonders der spätere Verwaltungsdirektor Hermann Schumann, der als passionierter Sammler die beim Eisenbahnbau

1916/17 in der Nähe des Hofes Schleddebrück entdeckten bronzzeitlichen Funde in Verwahrung nahm und sie später mit weiteren Gegenständen wie Möbel, Haus- und Ackergeräten in einigen Räumen des „Stahlschen Hauses“ ausstellte. Nachdem die Stadt das frühere Munckesche Privathaus gekauft hatte, wurde die Museumssammlung dort untergebracht.

Nach dem frühen Tod Dr. Richters im Jahre 1933 übernahm ab 1934 sein Lehrerkollege Studienrat Johannes Kellner die Vereinsführung für die folgenden 27 Jahre. 1961 erfolgte der Zusammenschluß mit der 1954 gegründeten „Plattdeutschen Vereinigung“. Vorsitzender für die folgenden 12 Jahre wurde der Realschullehrer Walter Sundermann. In seine Amtszeit fiel die Erarbeitung einer neuen Vereinssatzung, die der Wahrnehmung neuer und zeitgemäßer Aufgaben breiteren Raum gab. Die Mitgliederzahl wuchs auf über 600 und mit ihr die Chance, die Heimatarbeit auch von fachlich kompetenten Mitgliedern übernehmen zu lassen. Durch die Einrichtung von „Arbeitskreisen“,

**TECHNIK
IM
HAUSHALT**
VERKAUF UND REPARATUR

ELEKTRO
DER PREIS
STIMMT IMMER
ZIMMER

Kökerstraße 8 · 33330 Gütersloh
Tel. (0 52 41) 2 88 86

Kundendienst: Tel. (0 52 41) 2 88 55

deren Leiter einen fachlichen „Beirat“ bilden, konnten im Bereiche der niederdeutschen Sprachpflege, des Natur- und Denkmalschutzes, der Stadt- und Regionalgeschichte und der Siedlungskunde die satzungsgemäßen Ziele weiter verfolgt werden. Einen Schwerpunkt der Heimatarbeit bildete unter der Vorstandschaft von Wolfgang Zill (1973–1977) die Neueinrichtung des Heimathauses am Domhof mit dem Dreiklang Bibliothek, Museum und Stätte der Begegnung. Mit dem Verlagsbuchhändler Zill übernahm erstmals in der Geschichte des Heimatvereins ein nicht aus dem Lehrerberuf kommender Vorsitzender die Leitung. Ebenfalls Nicht-Lehrer, gleichwohl aber Sozialpädagoge, war der Vorsitzende Otto Walger, der von 1977–1990 die Vereinsgeschichte lenkte. In enger Zusammenarbeit mit Beirat- und Mitgliedschaft konnten eine Anzahl „klassischer“ Vereinsaufgaben neu belebt und fortgeführt werden. Fragen der Stadtbildpflege, der Ausbau der Heimatbibliothek, die Erweiterung des Angebotes an heimat- und landeskundlichen Reisen und nicht zuletzt die Darstellung heimatbezogener Themen in mehreren Ausstellungen, für die das umgestaltete Heimathaus am Domhof den geeigneten Rahmen abgab, standen im Mittelpunkt der Arbeit. Erinnert sei an die Ausstellungen „Gütersloh in Wort und Bild“ (1977), „Kirche in Gütersloh“ (1978) und „300 Jahre Post im Raum Gütersloh“ (1981) sowie die „Ostdeutsche Ausstellung“ (1977) und die sich daran anschließende ständige Einrichtung einer Ostdeutschen Heimatstube.

Das herausragende Ereignis in der bisherigen Vereinsgeschichte ist die 1988 erfolgte Eröffnung des „Stadtmuseums“ mit den Teilabschnitten „Industriegeschichte“ und „Medizinalgeschichte“. Seit der 1982 von dem Gütersloher Arzt Dr. Wilhelm Angenete vorgenommenen Schenkung dreier Gebäude in der Kökerstraße war dem Heimatverein ein neues Aufgabenfeld zugewachsen: die Einrichtung eines stadthistorischen Mu-

seums. Die Realisierung dieses Vorhabens erforderte alle Kräfte, konnte dank finanzieller Unterstützung durch die Stadt und den Landschaftsverband Westfalen-Lippe bis heute weitergeführt werden. Mit der fast abgeschlossenen Restaurierung des Fachwerkhauses ist nun der Weg frei für die Einrichtung weiterer Museumsabteilungen, unter denen der Darstellung der Stadtgeschichte besondere Bedeutung zukommen wird.

Seit einem krankheitsbedingten Wechsel im Vorsitz des Vereins steht nunmehr seit drei Jahren eine Frau an der Spitze: Renate Horsmann. Mit ihr haben sich vermehrt die Frauen im Verein zu Wort gemeldet, um auf bewährten und neuen Bahnen die Heimatarbeit fortzusetzen.

Es wäre unvollständig, die Geschichte des Heimatvereins und seiner Vorläufer als eine ausschließlich von positiven Ereignissen geprägte Entwicklung darzustellen. Die verschiedenen Neubelebungen, so 1880, 1900, 1913 und 1925 lassen neben zeitbedingten Umständen auf innere Krisen schließen. Daß es jedoch immer wieder gelang, die Heimatarbeit neu zu gestalten, war engagierten Männern und Frauen zu verdanken, die sich zu allen Zeiten dem Heimatgedanken und damit ihrer Heimatstadt verpflichtet fühlten. Vieles, was sie an Berichten und Aufsätzen veröffentlichten, findet sich – sofern nicht als Einzelwerk erschienen – in Zeitschriften und Zeitungen früherer Jahre, seit 1965 vor allem in den „Gütersloher Beiträgen zur Heimat- und Landeskunde“, einer vom Heimatverein herausgegebenen Zeitschrift, die auch eine unter dem Titel „Es geschah in der Stadt Gütersloh“ aktuell geführte Chronik enthält.

Für die Zukunft der Heimatarbeit gilt weiterhin, was Hans Richter zu seiner Zeit als Aufgabe erkannte: „Das Kulturerbe unserer Väter und unserer Heimat verwalten und gestalten als ein kostbares Pfand, das uns anvertraut ist, das wir mehren, aber nicht vergeuden sollen“.

Rezensionen

Matthias Frese: Betriebspolitik im „Dritten Reich“. Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933–1939. Ferdinand Schöningh Verlag Paderborn, 1991. 545 Seiten. DM 78,00.

Die vorliegende Arbeit ist die überarbeitete Fassung einer der Universität Heidelberg vorgelegten Dissertation, die vom „Westfälischen Institut für Regionalgeschichte“ in seine Buchreihe aufgenommen wurde. Warum dem so ist, ist nicht klar ersichtlich, denn die verdienstvolle, mühsam zu lesende Arbeit beruht vornehmlich auf der Auswertung der bedeutenden Firmenarchive von Großunternehmen der Schwerindustrie, wie von den Vereinigten Stahlwerken (Thyssen), der Friedr. Krupp AG und der Gutehoffnungshütte (GHH). Diese haben mit der Regionalgeschichte oder der Geschichte Westfalens wenig Berührung. Doch kann man diese Arbeit für die Unternehmen im Dritten Reich überhaupt und deren Beziehungen zur Deutschen Arbeitsfront (DAF) und der Staatsbürokratie heranziehen, zumal es schwer sein dürfte, für die kleineren und mittleren Unternehmen vergleichbares Material heranzuziehen.

Die Wirtschaft versuchte schon in der Weimarer Republik, den „Herr-im-Hause“-Standpunkt durchzusetzen, die Gewerkschaften zurückzudrängen und auszuschalten. Hier wäre Paul Reusch von der GHH in Oberhausen ein Paradebeispiel gewesen, dessen Bedeutung, wie auch die vieler anderer Personen, in diesem Werk zu kurz abgehandelt wird.

Über eine „Betriebsgemeinschaft“ und eine

damit verbundene betriebliche Sozialpolitik wollten die Großunternehmen, vor allem die Schwerindustrie im Ruhrgebiet, erreichen, daß die Arbeiter eine engere Bindung zum Betrieb eingingen. Damit war aber auch die Absicht verbunden, aus dem Arbeiter eine größere Arbeitsleistung herauszuholen und ihn durch die sozialen Leistungen von den Gewerkschaften zu entfremden. Weiterhin beabsichtigte man, daß die Tarife zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelt werden sollten.

Das Ziel wurde mit der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 erreicht. Daraufhin wurde am 10. Mai 1933 die Deutsche Arbeitsfront (DAF) ins Leben gerufen, die im Rahmen des NS-Staates dem Arbeiter keinen Schutz bot. Als dann am 24. Januar 1934 das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (AOG) verkündet wurde, beinhaltete dieses die verschiedenen Vorstellungen der Schwerindustrie im Ruhrgebiet. Es folgte dann am 26. Januar 1934 die von Dr. Robert Ley, dem Führer der DAF und Reichsorganisationsleiter der NSDAP, erlassene „Neugliederung der Deutschen Arbeitsfront“, wonach die Arbeiter nur noch Mitglieder einer nationalsozialistischen „Betriebsgemeinschaft“ waren. Damit waren Bestrebungen der „Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation“ (NSBO) und auch der DAF vereitelt, eine Einheitsgewerkschaft zu errichten oder auf ständische Gesellschaftsmodelle zurückzugreifen. Diese sozialpolitischen Vorstellungen der DAF und des NSBO waren aber widersprüchlich, da beide gar keine echten Arbeitnehmervertreter wollten.

Staat und Partei ging es vielmehr im Zeichen der beginnenden Aufrüstung um Ausschaltung störender Elemente in den Betrieben.

Die DAF verfolgte die gleichen Zwecke, gab dabei aber nicht auf, ihren Einfluß in den Betrieben zu erweitern, so z. B. durch die Reichsberufswettkämpfe, den KdF-Tourismus, die Berufsausbildung usw. Geschickt aber wehrten die Großunternehmen alle direkten Eingriffe der DAF ab. Es gelang der DAF daher nie, auf die betrieblichen Entscheidungen irgendeinen Einfluß zu nehmen. Als Organisation etablierte sie sich jedoch in den Betrieben und trat dabei immer mehr für höhere Leistungen des Arbeiters ein.

Nicht zuzustimmen ist dem Autor, daß die DAF nicht an einer völligen Entrechtung und Ausbeutung der Beschäftigten interessiert war. Die DAF war keine Gewerkschaft, denn auch die Unternehmer gehörten dieser Organisation an. Lohnerhöhungen konnte sie nicht durchsetzen. Also versuchten die Funktionäre, Vergünstigungen, wie Gratifikationen, Bezahlung von Feiertagen zu erreichen, oder man sorgte sich um die „Schönheit der Arbeit“. Diese Aktivitäten kann man aber nicht als eine ernstgemeinte Sozialpolitik ansehen, sondern nur als Tarnung und

Täuschung von Ausbeutung, und sie galten außerdem einer Kriegsvorbereitung.

Die DAF stand aufseiten des „Betriebsführers“ und des Staates, was besonders nach Kriegsausbruch 1939 immer deutlicher zum Ausdruck kam (die vorliegende Studie schließt mit 1939 ab).

Diese gigantische Superbehörde DAF wollte, wie auch die anderen NS-Organisationen, den deutschen Volksgenossen von der Wiege bis zur Bahre „betreuen“, d. h. nicht mehr loslassen und ständig bevormunden (man lese nur einmal die Reden von Leyf). Diese Probleme oder Fragen werden allerdings in der Arbeit von Fresé zu kurz behandelt.

Das Register ist leider unvollständig. Da ein Sachregister fehlt, sucht man vergebens nach vielen Begriffen.

Dies schmälert aber nicht den Wert des Buches, das für die Beziehungen zwischen der DAF und den westdeutschen Großunternehmen unentbehrlich ist.

Günter Schomaekers

Heiner Wember: Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands. Klartext Verlag Essen, 1991. 430 Seiten. DM 29,80.

Um es sogleich vorweg zu sagen. Der Rezensent hat schon lange kein so fesselndes Buch gelesen wie das von Wember über die Internierungslager in der britischen Besatzungszone und im ersten Jahr der Bundesrepublik Deutschland.

Bücher über den Nürnberger Prozeß, über die Nachfolge-Prozesse sowie über die Entnazifizierung liegen wohl vor, aber keines über die Internierungslager, die bisher nur am Rande behandelt wurden. Diese Lücke über die britische Besatzungszone füllt nun „Umerziehung im Lager“ aus.

Erlebnisberichte von Betroffenen über ihre Internierungszeit in britischen Lagern gibt es nur zwei, die aber, wie wohl nicht anders zu erwarten, bewußt eine Ehrenrettung der SS versuchen, entrüsten die Schuld von sich weisen und sogar die Internierungslager mit

den nationalsozialistischen Konzentrationslagern gleichsetzen, was trotz der anfänglichen unvermeidlichen Mißstände in den britischen Camps völlig unreal ist, wie der Verweis auf das, was die anderen „mit uns gemacht haben“.

Diese verbohrte Trotzhaltung, diese larmoyante Unschuldspose ist auch teilweise von den Briten mitverursacht worden, denn warum mußten ausgerechnet die Internierungslager in ehemaligen KZ- und Gefangenenlagern des Dritten Reiches eingerichtet werden, wo bis zum Kriegsende der nackte Terror herrschte. Es gab auch anfänglich vereinzelt Mißhandlungen der Internierten, denn das Entsetzen über die NS-Verbrechen saß tief bei den britischen Soldaten und Offizieren. Nach dieser kurzen Übergangszeit war die Behandlung durch die Engländer jedoch durchaus korrekt.

Wer wurde nun entsprechend dem „automatischen Arrest“ von den Briten nach 1945 verhaftet? Es war vor allem die mittlere Führungsschicht der NS-Gewaltherrschaft, d. h. die Personen, denen man zwar im allgemeinen keine persönliche Straftat nachweisen konnte, die aber doch entscheidend dazu beigetragen hatten, aufgrund ihrer Stellung und Tätigkeit den NS-Staat am Leben zu erhalten, denn ohne deren Mitarbeit wäre dieser längst vor 1945 zusammengebrochen. Es waren also die ehemaligen Ortsgruppenleiter, die Kriminal- und Gestapobeamten, Angehörige der SS sowie die Mitglieder der NS-Organisationen, wie SA, HJ, RAD u. a. m. Etwa 91.000 Personen wurden in den britischen Lagern von 1945 bis zum Schluß der Internierung im Juni 1949 festgesetzt.

Warum wies man diesen Personenkreis in die Lager? Es ging den Engländern hierbei in erster Linie nicht um die Umerziehung der Stützen des NS-Regimes, sondern man wollte sie aus Sicherheitsgründen neutralisieren bzw. isolieren, um die Besatzungsgruppen vor einem Guerilla-Krieg zu schützen. Mehr oder weniger nahm man also die Betroffe-

nen in Vorbeugehaft. (Natürlich blieb der Guerilla-Krieg aus, denn man hatte die Wandlungsfähigkeit der Leute unterschätzt.) Wember beschreibt ausführlich die neun Lager, darunter auch die in Ostwestfalen liegenden, wie Paderborn-Staumühle und Eiselheide (das ehemalige Kriegsgefängnislager 326 Stukenbrock), mit sehr aufschlußreichen Schilderungen über die dortigen Internierten, das Leben in den Lagern, die Umerziehungsversuche, das Verhalten der ehemaligen Nationalsozialisten über ihre jetzige und damalige politische Lage. Alles in allem ein äußerst aufschlußreicher Bericht, der zum Nachdenken anregt.

Wie sah es nun mit der Chance der Umerziehung oder wenigstens Schuldbewußtsein der Internierten über die Verbrechen der NS-Herrschaft aus? Die eigentliche Umerziehung war für die Briten von untergeordneter Bedeutung, denn bis zur Auflösung des letzten Lagers ging es um eine Neutralisierung dieser vom NS-Bazillus angesteckten Personen. Obwohl die Internierten nicht zu arbeiten brauchten, es für sie keinen Überlebenskampf wie für die Bevölkerung draußen in den Jahren von 1945 bis 1948 gab, sie daher viel Zeit hatten, über ihre Lage nachzudenken, blieb die Mehrzahl von ihnen weiterhin unberührt von der 12jährigen Schreckensherrschaft. Diese Haltung wurde auch beeinflusst durch die Kehrtwendung der britischen Politik zu Beginn des Kalten Krieges seit 1947, als man das Internierungsproblem so schnell wie möglich loswerden wollte. Die hohen und schwerbelasteten Nationalsozialisten wurden daraufhin entlassen, während die kleineren Funktionäre noch für einige Zeit in den Lagern bleiben mußten. Folglich nahm die Entrüstung über die Briten noch zu, wobei die Kirchen auch Stimmung gegen die Internierung und die Entnazifizierung machten. Als dann für die letzten Internierten die Stunde der Freilassung schlug, kamen die Betroffenen vor deutsche Spruchgerichte und mußten mit einer eventuellen Bestrafung rechnen, was bei ihnen

auch nicht zu demokratischem Denken anregte. Jedoch erfolgte die Einstellung der Verfahren schnell, Freisprüche waren an der Tagesordnung, oder die verhängte Strafe galt als bereits durch die Internierung abgegolten.

Ihre Integration in die bundesrepublikanische Gesellschaft geschah ohne große Probleme, womit man geschickt einen eventuell entstehenden Rechtsradikalismus verhinderte: öffentlich wurde der Nationalsozialismus verurteilt, aber die Personen, die ihn gestützt hatten, wurden wieder in das System eingegliedert. Wichtig war dabei, daß die ehemaligen Funktionsträger stärker an dem Wirtschaftswunder teilnahmen als die Opfer. Der Kalte Krieg mit seinem Feindbild vom Bolschewismus tat sein übriges.

„Die Integration – und das war das Problem – drohte zu einer umfassenden Renazifizierung auszuarten. In bezug auf die Internierung heißt dies, daß nicht nur die Mehrzahl

der weniger bedeutenden Internierten, wie untere SS-Chargen und Ortsgruppenleiter, ohne jegliche Restriktionen Karriere machen konnten, auch stark belasteten Ex-Internierten, wie hohen Gestapo-Beamten, SS- und politischen Führern, die von Spruchgerichten zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, standen (fast) alle Türen offen. Es handelte sich somit bei der praktizierten Personalpolitik nicht mehr um eine Integration, sondern um eine Restauration der personellen Struktur aus der NS-Zeit in Wirtschaft, Verwaltung und Gerichtsbarkeit“ (S. 365).

Das Buch zeigt, wie wichtig die Internierungslager für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind, denn die Nachkriegsentwicklung wurde bereits in diesen Lagern im Zeitraffer vorweggenommen.

Günter Schomaekers

Aspekte der Ortsgeschichte Greffen, Bilder einer dörflichen Vergangenheit – Ein Buch zum Ortsjubiläum.

Dorf- und Stadtjubiläen sind allenthalben Gelegenheiten, im Zuge eines damit verbundenen ansteigenden örtlichen historischen Interesses den Quellen des eigenen Wohn-, Lebens- und Arbeitsbereiches nachzuspüren, die Wurzeln und Entwicklungstendenzen zur mitunter ernüchternd wahrzunehmenden Gegenwart nachzuziehen und in Buchform zu dokumentieren. Auch im Kreis Gütersloh geschah dies in den vergangenen Jahren mehrfach, jedoch auf recht unterschiedliche Weise und in oft gegensätzlicher Form.

Dem streng seriösen Kompendium einer

850 Seiten umfassenden, (inzwischen in zweiter Auflage so gut wie vergriffenen) Rietberger Stadtgeschichte aus Anlaß des dortigen 700jährigen Stadtjubiläums steht die in etwas eigenwilligem Format und Design geschaffene „Emsperle“ aus Anlaß von 900 Jahren Rheda gegenüber. Detailreich und umfassend bearbeitet sind Clarholz und Lette mit ihren zweibändigen Darstellungen zum Klosterjubiläum. Harsewinkel und seine weiteren Ortsteile Marienfeld und Greffen sind mit bis zu 1000 Seiten umfassenden schwergewichtigen „Chroniken“ aus der Feder Walter Werlands versorgt.

Den genannten Beispielen ist bis auf die Rhedaer „Emsperle“, die sich bewußt auf drei Einzelbeiträge der Stadtgeschichte beschränkt, gemeinsam, daß sie in mehr oder weniger traditioneller Weise bestrebt sind, ein Gesamtbild der jeweiligen Ortsgeschichte zu rekonstruieren. Aus einer differenzierteren Gliederung aus historischen und (zumindest bei den jüngeren) fachwissenschaftlich orientierten Kapiteln, für die oft auswärtige Spezialisten gewonnen wurden, resultiert der Anspruch einer umfassenden Totalität lokaler Geschichtsschreibung, der nicht immer eingelöst werden kann. Für Versmold und Harsewinkel sind derzeit neue Veröffentlichungen zur Stadtgeschichte in Vorbereitung, die jeweils bestrebt sind, diesem traditionellen Ansatz zu folgen.

Nicht immer sind Mittel und Möglichkeiten vorhanden, einen derartig gewichtigen Rundumschlag für eine ortsgeschichtliche Publikation zu verwirklichen. Daß auch kleinere, auf Einzelaspekte und besondere Themen beschränkte Veröffentlichungen sehr gelungen sein können, beweist das im September 1992 erschienene Buch „950 Jahre Greffen 1042 – 1992 ... kleinert Duorp in't Münsterland“. Herausgeber dieses im wesentlichen als Bildband konzipierten 170-Seiten-Buches ist der Festausschuß „950 Jahre Greffen“, der nach kurzer Vorbereitungszeit von nur wenigen Monaten ein sehr erfolgreiches Veranstaltungsprogramm und eine beachtliche Festschrift zustande gebracht hat.

Das Buch teilt sich auf in drei größere Abschnitte. Für den ersten Teil steuerte Eckhard Möller einen konzentrierten ortsgeschichtlichen Abriss bei. Möller, der als derzeitiger Harsewinkeler Stadthistoriker die Greffener auf ihr 1992 anstehendes Jubiläum aufmerksam gemacht hat, erörtert zunächst die besonderen Probleme der Greffener „Jubiläumssurkunde“. Die früheste bisher bekannte Nennung Greffens findet sich im Münsterschen Domneurolog. Eine systematische Betrachtung zur Greffener Siedlungs-

Kirchen- und Verwaltungsgeschichte schließt sich an. Zu einem präzisen roten Faden gerät, was bei Werland, auf 640 Seiten verstreut, nur mühsam in den Blick kommt. Besonders wertvoll ist die ausführlichere Darstellung der politischen Entwicklung Greffens im 20. Jahrhundert, in welcher die Weimarer Zeit und die Zeit der NS-Herrschaft erstmalig im Zusammenhang betrachtet werden.

Den Hauptteil und großen Wert des Buches aber machen die mehr als 200 historischen Aufnahmen aus, die ein ebenso karges wie realistisches Bild einer dörflichen Vergangenheit Greffens aufzeigen, das kaum als idyllisch oder verneidlichend mißverstanden werden kann. Christoph Krieff, Günter Pohlischmidt und Heinrich Krewerth haben die Auswahl für den Band getroffen. Dr. Heinz-Josef Sökeland, der am 15. September 1992 auch den vielbeachteten Festvortrag „950 Jahre Greffen“ gehalten hat, hat die Aufnahmen redaktionell betreut und kommentiert.

Es war ein Glück für die Herausgeber, auf den großartigen, bisher unveröffentlichten Bildbestand des 1991 verstorbenen Heinrich Lüffe-Baak zurückgreifen zu können. Herausgekommen ist dabei eine umfassende Bilddokumentation der Greffener Bauernhöfe. Haus- und Hofansichten werden Genrebildern gegenübergestellt: Die sonntägliche Fahrt mit der Kutsche zur Kirche, die Bauerfamilie Westholt mit sämtlichen Knechten und Mägden zum Erntedankumzug 1934 imponierend aufgebaut (Seite 35), die Familie Ferdinand Osthoit, 1902 im Sonntagsstaat auf den nach draußen geschafften Stubenstühlen zum Gruppenbild angeordnet (Seite 37). Trotz aller Stilierung und Inszenierung solcher Fotos sind Mühsal, Einförmigkeit und Ausweglosigkeit eines mehr als herben landwirtschaftlich bestimmten Alltags überdeutlich erkennbar.

Die meisten aber traf es noch schlechter. Noch in der nachgestellten Form als Teil des Erntezugs von 1934 (Seite 87) wird dem

heutigen Betrachter deutlich, welch schweren Gang es für die junge Magd bedeuten mußte, erstmalig den Dienst bei einem Bauern anzutreten, was an Zumutungen und Entbehrungen ihr möglicherweise bevorstand. Da vermag auch die Leichtigkeit vortäuschende Beschriftung des Festwagens, „Settken gait in'n Denst“ über die Situation aus Abhängigkeit, Wehrlosigkeit und Ausgeliefertsein kaum hinwegtäuschen. Fiel der Ertrag für Großbauer und Knecht höchst unterschiedlich aus, so war ein völlig von Arbeit bestimmtes Dasein das dennoch verbindende Gemeinsame. Der Eindringlichkeit solcher Aufnahmen von der Landarbeit, vom Schlachten und von wenigen geselligen Feierabenden verdankt das Buch seine Wirkung und Authentizität. Sie vermitteln dem Buch ein Gewicht, mit welchem es über seine Ortsbezogenheit hinaus für unsere Landschaft einen repräsentativen Charakter einnehmen kann.

Aufnahmen zum Wandel des Ortsbildes und aktuelle Aufnahmen, die Greffen im Jahr seines Jubiläums dokumentieren, vervollständigen den Band. Ein letzter Abschnitt ist der Geschichte und Architektur der Greffener Pfarrkirche gewidmet. Hier haben die Herausgeber auf den Text des ehem. Landeskonservators Dr. Franz Mühlens, der bereits im Kirchenführer (aus der Reihe WESTFÄLISCHEN KUNSTSTÄTTEN des Westfälischen

Heimatbundes) erschienen ist, zurückgreifen können. Die spätmittelalterliche Johanneskirche in Greffen mit ihrem auf Rietberg und St. Vit weisenden barockend Hochaltar, mit der äußerst gelungenen Historismuserweiterung und ihrer prachtvollen Ausstattung im Stil der Neugotik stellt ein bislang viel zu wenig bekanntes Denkmal der westfälischen Baukunst dar. Mühlens Text hat bis heute nichts an Frische und Eindringlichkeit verloren.

Die Beschränkung auf nur wenige Aspekte der Greffener Ortsgeschichte, die aber für sich genommen erschöpfend und reich behandelt sind, sind der große Gewinn dieses Buches. Da darf der Erfolg dieses seitens des örtlichen Gewerbes tatkräftig unterstützten und daher sehr preisgünstigen Buches nicht verwundern. Bereits wenige Tage nach Erscheinen war die Auflage von 1000 Exemplaren vergriffen. Eine Neuauflage ist bedauerlicherweise nicht vorgesehen.

Manfred Beine

**950 Jahre Greffen. 1042-1992 . . .
kleinet Duorp in't Mönsterland, hrsg.
vom Festausschuß „950 Jahre Greffen“,
mit Textbeiträgen von Eckhard Möller,
Heinz-Josef Sökeland und Franz Mühlens,
Grefften 1992. (vergriffen)**

Landschaftsführer: Westfälische Städte

Rundgänge durch 10 westfälische Städte umfaßt der jüngst vorgelegte 14. Band der Landschaftsführer des Westfälischen Heimatbundes. Hinzu kommen mit Velbert-Langerberg und Wuppertal-Langerfeld zwei rheinische Ortschaften. Der Grund: Der von Lioba Beyer und Helga Kreft-Kettermann herausgegebene Band ist dem langjährigen Bielefelder Geographieprofessor Adolf Schüttler zum 80. Geburtstag gewidmet. Schüttler ist in Langerberg geboren und in Langerfeld zur Schule gegangen.

Das Spektrum der vorgestellten Städte reicht von großen Industriestädten wie Dortmund und Hagen über Mittelstädte wie Siegen oder Herford bis hin zu kleinen Städten wie Greven, Oelde oder Brilon. Natürlich fehlt auch nicht ein Beitrag über die alte Provinzhauptstadt Münster.

Leider wird die Auswahl der Orte nicht näher begründet und erläutert, so daß offen bleibt, ob sie exemplarisch für vergleichbare Siedlungsformen stehen oder ob es sich um eine eher zufällige Zusammenstellung handelt. Auch für einen geographisch-landeskundlichen Exkursionsführer wäre es hilfreich gewesen, wenn in einem knappen einleitenden Beitrag dargelegt worden wäre, warum gerade diese Städte Berücksichtigung gefunden haben.

Im Mittelpunkt der Exkursionen steht die siedlungsgeographische und -geschichtliche Entwicklung der Orte. Kunstgeschichtliche Hinweise treten demgegenüber deutlich zurück. Der Aufbau der Beiträge ist aufeinander abgestimmt: Einer kurzen Einleitung zur Geschichte des Ortes folgt der Rundgang bzw.

die Rundfahrt durch das Exkursionsgebiet. Meist ist nicht nur der Siedlungskern Ziel, sondern auch die noch ländliche Umgebung bzw. bei den Großstädten Siedlungsschwerpunkte am Stadtrand. Die Rundgänge sind so aufgebaut, daß Interessierte sich entscheiden können, ob sie dem gesamten Exkursionsvorschlag folgen wollen oder sich auf einzelne Aspekte beschränken.

Die regionale Streuung der vorgestellten Orte vom Sauerland bis zum Ravensberger Land, vom Münsterland bis zum Siegerland zeigt, daß sich die Herausgeberinnen darum bemüht haben, die Siedlungsformen unterschiedlicher westfälischer Landschaften zu beachten. In den Beiträgen werden zudem unterschiedliche Fragestellungen in den Mittelpunkt gestellt – von historischen Siedlungsformen (etwa im Beitrag über Herford) bis hin zu aktuellen Fragen der Stadtentwicklung (etwa am Beispiel Grevens). So ist ein Exkursionsführer zustande gekommen, der einen breiten Überblick über die Siedlungsentwicklung in westfälischen Städten gibt und auch zum Nachdenken über die Entwicklung der eigenen Stadt anregt.

Ein Ärgernis sind allerdings die Wegbeschreibungen. Einmal werden sie mit anderer Schrifttype hervorgehoben, dann wieder im laufenden Text vermerkt. Dadurch wird es nicht gerade erleichtert, den Weg von Standort zu Standort zu finden. Hinzu kommt, daß die Karten für die Außenbereiche so klein reproduziert sind, daß sie nur einer groben Orientierung dienen können. Für die Innenbereiche der Orte sind die Pläne übersichtlich, jedoch könnten die Wegbe-

schreibungen präziser sein. Zu erwähnen sind Ungenauigkeiten, die sich hier und da eingeschlichen haben: Straßennamen sind nicht zutreffend, anstatt wie angegeben rechts müßte links abgebogen werden und so fort. Diese Fehler hätten vermieden werden können, wenn die Wegstrecken vor der endgültigen Drucklegung noch einmal zurückgelegt worden wären.

Trotz dieser Mängel ist der Exkursionsführer zu empfehlen und ihm zu wünschen, daß von den Vorschlägen rege Gebrauch gemacht wird. Kunsthistorisch Interessierten sei allerdings nahegelegt, zusätzlich einen Kunstführer mit auf die Exkursion zu nehmen.

Eckhard Möller

Westfälische Städte. Ein geographisch-landeskundlicher Exkursionsführer. Herausgegeben im Auftrag der Fachstelle Geographische Landeskunde des Westfälischen Heimatbundes von Lioba Beyer und Helga Kreft-Kettermann (= Landschaftsführer des Westfälischen Heimatbundes, Heft 14), Paderborn 1992, 203 S., Abb., Ktn.

Justiz im Nationalsozialismus

Es ist ein Verdienst des Stadtarchivs Bielefeld, in seine Schriftenreihe einen Band zur Geschichte der Justiz in Ostwestfalen während des Nationalsozialismus aufgenommen zu haben. Anlaß war die kürzlich in Bielefeld gezeigte Ausstellung „Im Namen des deutschen Volkes – Justiz im Nationalsozialismus“. Eine kleine Zusatzausstellung informierte über die regionalen Entwicklungen. Der vorliegende Band ist allerdings weit mehr als ein Ausstellungskatalog, nämlich eine fundierte Untersuchung über die Justiz im Landgerichtsbezirk Bielefeld.

Die Autor/innen – Andreas Knobelsdorf, Monika Minninger und Bärbel Sunderbrink – zeigen in insgesamt vier Kapiteln auf, wie die Justiz Schritt für Schritt gleichgeschaltet wurde, welche Institutionen an der nationalsozialistischen Strafjustiz beteiligt waren,

gehen auf die besondere Rolle der Erbgesundheitsgerichte ein und fragen nach den Kontinuitäten im Justizapparat nach 1945. Bilder von Tätern und Opfern sowie abgedruckte Dokumente ergänzen den Textteil, veranschaulichen die Analysen der Autor/innen.

M. Minninger stellt im Kapitel „Institutionen und Personen“ die Veränderungen in der Justiz des Landgerichtsbezirks Bielefeld dar und schildert, wie jüdische Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte ausgeschaltet wurden: Auch der Gütersloher Rechtsanwalt Dr. Rose erhielt Ende 1933 Berufsverbot. A. Knobelsdorf geht zum Schluß des Kapitels der Frage nach, ob von einem Widerstand der Justiz gesprochen werden kann. Er stellt zwar gelegentliche Konflikte zwischen Gerichten und NSDAP fest, kommt aber zu

dem Ergebnis, daß alles in allem „das Mitmachen in bestimmten Grenzen, angeblich, um Schlimmeres zu verhüten“ (S. 31) überwogen habe und „jergendeine Form gewollt oppositionellen Handelns der Richter nicht ersichtlich“ (S. 35) sei.

Im Kapitel „Die neue Strafjustiz“, dem Hauptteil des Buches, wird zunächst auf die Einrichtung und die Urteile des Sondergerichts Bielefeld seit 1940 eingegangen, sodann auf Urteile des Oberlandesgerichtes Hamm und des Volksgerichtshofes, die Bielefelder betrafen bzw. in Bielefeld gefällt wurden: Betroffen waren Bauern, die wegen Schwarzschlachten angeklagt waren, ebenso wie Menschen, die ausländische Rundfunksender abgehört hatten oder an Widerstandsaktionen beteiligt waren. Bei gleicher Beschuldigung konnten sehr unterschiedliche Strafen ausgesprochen werden – frühere Angehörige der Arbeiterparteien hatten stets mit härteren Strafen zu rechnen. Sie galten als Staatsfeinde und das Strafrecht als Instrumentarium zu ihrer Ausschaltung.

In besonderen Abschnitten wird auf die Militärjustiz, die Konkurrenz zwischen Polizei und Justiz bei der Verfolgung der ausländischen Zwangsarbeiter/innen und auf die Verfahren gegen Zeugen Jehovas eingegangen. Diese galten wegen ihrer Weigerung, sich an den verordneten Volksabstimmungen zu beteiligen, in der NSDAP oder ihren Nebenorganisationen Mitglied zu werden oder auch nur mit dem Hitlergruß zu grüßen, als Staatsfeinde. Im 2. Weltkrieg wurden sie wegen ihrer Kriegsdienstverweigerung verfolgt und inhaftiert: Der Gütersloher Hermann Hunke starb nach langer Lagerhaft auf einem Todesschiff.

Die Bielefelder und Herforder Gerichte fällten anfangs meist recht milde Urteile gegen Angehörige dieser Glaubensgemeinschaft – vielleicht ein Ausdruck „vom Unbehagen der herkömmlichen Gerichte an Prozessen in religiösen Angelegenheiten einer winzigen Minderheit“ (S. 64). Spätere Prozesse fanden vor den Sondergerichten statt. So auch das

Verfahren gegen 28 Zeugen Jehovas aus Gütersloh und Umgebung vor dem 1937 in Bielefeld tagenden Dortmunder Sondergericht, einem der größten Prozesse gegen diese Glaubensgemeinschaft in Ostwestfalen. Vier Angeklagte wurden freigesprochen, bei acht das Verfahren mangels Beweisen eingestellt. 13 erhielten Haftstrafen zwischen einem und acht Monaten, nur zwei wurden als „Rädelsführer“ zu Strafen von 18 bzw. 24 Monaten verurteilt.

Die Verfahren vor dem Erbgesundheitsgericht und gegen Homosexuelle verfolgen B. Sunderbrink und A. Knobelsdorf im dritten Kapitel. Sunderbrink lenkt dabei den Blick darauf, daß die rassenpolitischen Gesetzgebungsmaßnahmen der Nationalsozialisten weiter zurückreichende Grundlagen hatten. Bereits in der Weimarer Republik waren Mediziner und Philosophen bereit, zwischen wertem und unwertem Leben zu unterscheiden, und forderten, gesundes Erbgut zu fördern und dem Wachstum von als krankhaft und minderwertig betrachtetem Erbgut Einhalt zu gebieten.

Diese Passagen des Buches geben Anlaß darüber nachzudenken, welche Rolle diese Problematik heute spielt, wobei gentechnische Eingriffe nur ein Aspekt sind. Ein aktuelles Beispiel: Während der Arbeit an dieser Rezension äußerte der Erlanger Rechtsmediziner Würmeling die Ansicht, die künstliche Beatmung einer schwangeren und hirntoten Frau müsse fortgesetzt werden, ein Abschalten der Geräte bedeute die Tötung des normalentwickelten Fötus. Wenn sich aber herausstelle, daß das Ungeborene krank sei, könnten die Apparate auch in einem späteren Stadium der Schwangerschaft noch abgeschaltet werden.

Im Schlußkapitel geht A. Knobelsdorf den Kontinuitäten in der Justiz über das Jahr 1945 hinaus nach. Entgegen dem ursprünglichen Ziel, aktive Nationalsozialisten dauerhaft als Richter und Staatsanwälte zu suspendieren, kehrten auch in Bielefeld frühere NSDAP-Aktive wieder in den Justizdienst zu.

rück, darunter auch ein früherer Staatsanwalt am Volksgerichtshof. Daneben konstatiert der Autor auch Kontinuitäten im Strafrecht, die viel gefährlicher, weil versteckter seien, und ruft auf, wachsam zu sein gegen den Mißbrauch des Strafrechtes.

Ungewöhnlich ist, daß am Ende eines historischen Fachbuches eine Bildbesprechung steht: Werner Tübkes (Leipzig) „Lebenserinnerungen des Dr. jur. Schulte III“. Die exakte Analyse des Bildes macht aber deutlich: Der Zugang über die Kunst ergänzt die wissenschaftliche Analyse, der Maler fordert zur moralischen Parteinahme auf.

Dem Buch sind viele Leser/innen zu wünschen – nicht nur wegen seiner Qualität, sondern auch, weil die Auseinandersetzung

um die Justiz im Nationalsozialismus angeht zerstörter Wohnstätten von Asylbewerber/innen und KZ-Gedenkstätten dazu beitragen kann, demokratische Traditionen zu festigen.

Eckhard Möller

A. Knobelsdorf, M. Minninger, B. Sunderbrink, „Das Recht wurzelt im Volk“. NS-Justiz im Landgerichtsbezirk Bielefeld (= Bielefelder Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte), Herausg.: Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek Bielefeld, Bielefeld 1992, 119 S., Abb., Ktn.

„Oh Sennesand, ich kann dich schlecht vertragen“

Naturschützer/innen, Friedensbewegte und Kommunalpolitiker/innen aus der Senne denken seit einigen Jahren über seine Auflösung und Umwandlung in einen Naturschutzpark nach. Sie sehen für ihn angesichts der veränderten politischen Verhältnisse in Europa keine sinnvolle Funktion mehr. Die NATO jedoch will an ihm festhalten und kann sich vorstellen, auf seinen Sand- und Heideflächen die Soldaten für schnelle Eingreiftruppen zu trainieren.

Die Rede ist vom Truppenübungsplatz Senne, der in diesem Jahr sein 100jähriges Bestehen feiert. Grund genug für den Verein „Freunde der Senne und des Truppenübungsplatzes“, ein reich bebildertes, 718 Seiten starkes Buch herauszugeben. Verantwortlicher Herausgeber ist Uwe Plesczek –

Dipl.-Ing., Obersteutnant und Leiter des Verbindungs- und Truppenübungsplatzkommandos Sennelager.

In insgesamt sechs Hauptabschnitten werden die Geschichte und Gegenwart des Truppenübungsplatzes und seiner Nebeneinrichtungen detailliert nachgezeichnet: Im ersten Abschnitt die „Geschichte des Truppenübungsplatzes und der Lager“, im zweiten die „Geschichte des Ortes Sennelager“ und im dritten „Besondere Einrichtungen, Technik, markante Bauwerke des Truppenübungsplatzes“. Es folgen eine Darstellung des Verbindungs- und Truppenübungsplatzkommandos Sennelager, Beispiele für gesellschaftliche Veranstaltungen des Militärs und schließlich biographische Hinweise auf wichtige Kommandeure des Standortes.

Jeder der Abschnitte gliedert sich in mehrere Kapitel, die jedes für sich abgeschlossen und von verschiedenen der insgesamt zwölf Autoren geschrieben sind.

Ein Vorzug des Buches ist sicherlich seine bis in kleine Details reichende Genauigkeit, wenn es um die Geschichte des Truppenübungsplatzes geht. Die Höfe, die aufgegeben werden mußten, werden mit Namen erwähnt, jede Bau- und Erweiterungsmaßnahme findet Beachtung. Manchmal geht die Genauigkeit ins Anekdotische: Man mag daran zweifeln, ob die mögliche Anwesenheit Max Schmelings zum Exerzieren für die Geschichte des Truppenübungsplatzes tatsächlich so wichtig ist, erwähnt zu werden. Ebenso gehören die Bilder zu den starken Seiten des Buches: Sie zeigen nicht nur, wie militärischer Drill von der Kaiserzeit bis zum Nationalsozialismus ausgesehen hat und wie das Militär es verstanden hat, sich nach außen darzustellen. Die Bilder von verschwundenen Höfen und Ortschaften weisen auf, was durch die Anlage und den Ausbau des Truppenübungsplatzes, den Landhunger des Militärs verlorengegangen ist – eine wahrscheinlich eher unbeabsichtigte Wirkung.

Vor allem im ersten Kapitel (Autoren: Walter Göbel und Klaus Minster) bleiben aber viele Fragen offen; manche Darstellung ist ärgerlich, und viele Klischees werden reproduziert, so das von Guderian als „Vater der deutschen Panzertruppe“ (S. 182). Unbefangen wird von der Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens in China wegen des „Boxer-Aufstandes“ – im Buch natürlich ohne Anführungszeichen – im Jahr 1900 gesprochen. Auch die Militäraktionen deutscher Truppen gegen die einheimische Bevölkerung in Südafrika werden ebenso als normal dargestellt (S. 125) wie Bildung von Freikorps in den Jahren 1918/1919 (S. 146/147), deren für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland schädliche Rolle dem Autor offenbar nicht bewußt ist. So nimmt es kaum noch wunder, daß der Sturz

Mussolinis im Jahr 1943 und das Ausschließen Italiens aus dem Bündnis mit Deutschland als „Badoglio-Putsch“ (S. 331) bezeichnet werden. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß der Beitrag über das Kriegsgefangenenlager Stukenbrock die Zustände dort in geradezu unerträglicher Weise verharmlost. Nach dem Erscheinen der umfangreichen Dokumentation Karl Hüßers über das Lager (siehe: Rezension im letzten Heft der GB) sollte eine Darstellung wie im vorliegenden Buch nicht mehr möglich sein. Der Herausgeber und die Autoren müssen sich die Frage gefallen lassen, ob sie für die Wehrmacht unangenehme Tatsachen bewußt verschweigen wollen.

Hinzu kommt, daß in den Beiträgen zur Geschichte des Truppenübungsplatzes zwar alle Erweiterungen und alle technischen und organisatorischen Details aufgelistet sind, eine Einordnung in militärpolitische Konzeptionen, bspw. die Kriegsvorbereitung im Nationalsozialismus, aber unterbleibt. Auch fehlen sozialhistorische Fragestellungen vollständig. So wäre es neben der erwähnten Aufzählung der Höfe doch interessant gewesen zu erfahren, was aus den Betroffenen geworden ist und wie sie die Zwangsumsiedlung empfunden haben. Wenigstens für die 1937 umgesiedelten Höfe wären noch Zeitzeugen zu befragen gewesen, durch deren Aussagen die Sichtweise der Militärverwaltung hätte ergänzt werden können. Für die Ortschaft Haustenbeck ist dieses Thema übrigens in Presseartikeln und einem Buch 1989 ausführlich behandelt worden.

Ebenso hätte nach den sozialen Binnenstrukturen des Militärs gefragt werden können: Wie waren die Mannschaften, wie die Offiziere während der Übungen in der Senne untergebracht? Was stand für sie auf dem Speisezettel? Die drei abgedruckten Auszüge aus Erinnerungen von Soldaten an die Senne gleichen dieses Manko nicht aus, zumal sie von den Autoren nicht kritisch befragt werden.

Positiv hervorzuheben ist dagegen der kurze

Artikel Klaus Minsters über das Kinderdorf Staumühle, ein reformpädagogisches Projekt während der Weimarer Republik. Der Autor stellt die Grundzüge der Geschichte des Kinderdorfes dar und fragt auf den wenigen zur Verfügung stehenden Seiten auch noch nach den Brüchen zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Auch der Beitrag Michael Pavlicics über die Geschichte des Ortes Sennelager gehört zu den positiven Seiten des Buches. Der Autor stellt die ländliche Struktur des 19. Jahrhunderts ausführlich dar, um dann aufzuzeigen, welche Veränderungen sich aus der Anlage des Truppenübungsplatzes ergeben haben. Es ist interessant zu erfahren, daß nicht nur viele neue Gaststätten entstanden, sondern die örtlichen Bäcker von der Versorgung der Soldaten mit Brot ihren Nutzen hatten, der Standort sich also als Wirtschaftsfaktor erwies. Leider wird die Bedeutung des Standortes für andere Gewerbe nicht untersucht und bleiben auch die Veränderungen des Dienstleistungsangebotes in jüngerer Zeit (z. B. Spielhallen) ausgeklammert. Es hätte den regionalgeschichtlichen Wert des Buches gesteigert, wenn auch für andere Sennelager ähnliche Untersuchungen aufgenommen worden wären.

Recht aufschlußreich sind einige Beiträge im 3. Abschnitt. Die Berichte W. Göbels über die Panzerversuchsstation Haustenbeck und die Munitionsanstalt Senne, in der bei Kriegsende Giftgasgranaten gefunden wurden, geben Anlaß zu Fragen nach dem Zusammenhang zwischen militärischer Forschung und technischer Entwicklung, die

dem Autor allerdings schon im Ansatz fernliegen. Der Beitrag des Paderborner Archivars Rolf Müller über die Eisenbahnen im Bereich Sennelager macht deutlich, in welchem Maße verkehrspolitische Entscheidungen von militärischen Bedürfnissen abhängig waren. So mußte z. B. der Unterbau der von Wiedenbrück nach Sennelager führenden Nebenbahn so beschaffen sein, daß Militäzüge die Strecke passieren konnten. Ähnlich kritisch wie Müller die Rolle der Eisenbahnen reflektiert der Neuhäuser Polizeibeamte Arno Sinne die Rolle der Polizei. Besonders hervorzuheben ist, daß er deren Einbindung in das System des Nationalsozialismus nicht nur nicht übergeht, sondern die Ausschaltung rechtsstaatlicher Prinzipien deutlich kritisiert.

Den Autoren des Vereins der Freunde der Senne und des Truppenübungsplatzes fehlt eine ähnlich kritische Distanz zu ihrem Untersuchungsobjekt. Daraus folgt eine affirmative Sichtweise, die den regional- wie den militärgeschichtlichen Wert des Buches mindert.

Eckhard Möller

Truppenübungsplatz Senne. Zeitzeuge einer hundertjährigen Militärgeschichte. Chronik, Bilder, Dokumente. Im Auftrage des Vereins der Freunde der Senne und des Truppenübungsplatzes Senne e.V., herg. von Uwe Pleszczyk; Paderborn: Bonifatius 1992, 718 S., Abb., Ktn.

Es geschah in der Stadt Gütersloh

von Dieter Knobelsdorf

November 1992

- 100jähriges Jubiläum feierte die Fachwerkstatt für orthopädisches Schuhwerk Breerkötter. Inzwischen ist die vierte Generation in der Werkstatt tätig.
- Die „Philharmonische Gesellschaft Ostwestfalen-Lippe e. V.“ gründete sich in Gütersloh mit einem Galakonzert.
- Hermann Grosser, früher Ortsvorsteher in Avenwedde, erhielt das Bundesverdienstkreuz.
- In einer großen Demonstration von 2000 Bürgerinnen und Bürgern zeigte Gütersloh Flagge gegen Fremdenhaß und Gewalt.
- Über einen Sozialplan für die mehr als 100 Beschäftigten der Weberei Vossen, die ihre Anstellung verlieren, haben Unternehmensleitung und Betriebsrat sich nach langer Verhandlung geeinigt.
- Vom 14. November 1792 stammt das erste Privileg des Juwelier-Fachgeschäftes Viemann.
- Im Alter von sechzig Jahren starb Gerd Hoyer, Leiter der Lokalredaktion der „Glocke“ und Redakteur dieser Zeitschrift „Gütersloher Beiträge“.
- Ein neuer russischer Trakt für 2,3 Millionen Mark bietet der Michaelisschule verbesserte Unterrichtsmöglichkeiten.
- Die letzten 10 Harrier-Düsenjäger verließen den Flughafen Gütersloh. Im kommenden Jahr wird nach der britischen Luftwaffe die Armee den Flughafen übernehmen.
- Hermann Hermyhannknecht, der „Motor“ der Avenwedder „Aktion Peter Noldus“ zur Hilfe in Indonesien, erhielt das Bundesverdienstkreuz.

Dezember 1992

- Woldemar Winkler wurde Honorarprofessor der Universität-Gesamthochschule Paderborn.
- Frau Birgit Hackfeld eröffnete ihre letzte Sonderausstellung im Stadtmuseum. Ab 1. 1. 1993 arbeitet sie in Berlin.
- 400 Bauern aus dem Kreis Gütersloh nahmen an einer Demonstration in Bonn gegen die schlimmen Folgen der Verträge zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den USA teil.
- Im Bertelsmann-Forum sprach Generalbundesanwalt Alexander von Stohr, einst Schüler des Evang. stift. Gymnasiums, über Rechtsextremismus. – In der Nacht vom 14. auf den 15. Dezember wurden etwa fünfzig Grabsteine auf dem Stadtfriedhof mit Nazi-Symbolen besprüht.
- Abschied aus Gütersloh nahm Horst Teitschick, Geschäftsführer der Bertelsmann-Stiftung. Früher leitender Mitarbeiter des Bundeskanzlers. Der Vorstand von BMW in München ist sein neues Arbeitsfeld. – Der Rat der Stadt verabschiedete den Haushaltsplan 1993 mit dem Rekordvolumen von 350 Millionen DM. CDU und FDP sprachen von „eisernem Sparen“ und stimmten zu, SPD und „Grüne“ von „sozialer Schieflage“ und wurden überstimmt. Ein Kompromiß: Die Gewerbesteuer steigt von 340 auf 355 Punkte.
- Von 4,3% auf 5,4% im Vergleich zum Dezember 1991 ist die Arbeitslosenquote in Gütersloh gestiegen, und sie steigt weiter. – 90.286 Einwohner hatte Gütersloh zum Jahresende, ein Anstieg um 1349 im Vergleich zum Jahresende 1991 (1,5%). 9566 Einwohner haben nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Britische Stationierungskräfte und ihre Familien werden dabei nicht mitgezählt. – Brigitte Barner, erste Chefredakteurin von Radio Gütersloh, gab ihre Stelle auf, um ihre Familie zu versorgen.

Januar 1993

- Frau Heike Schindler ist seit heute Leiterin des Hochbauamtes der Stadt Gütersloh. Sie folgte in diesem Amt Josef Lohr nach, der seit dem 1. Juli 1992 Stadtbaurat ist. – Frau Ingrid Mußmann ist die neue Leiterin des Standesamtes. – Michael Corfen trat sein neues Amt als Leiter der Musikschule des Kreises Gütersloh an. Er ist Nachfolger von Dr. Wilfried Stüven.

9. Nach zwei Jahren Bauzeit wurde die neue Jugendherberge, das „Gästehaus für Jugend und Sport“, eröffnet. Die langjährige Leiterin der früheren Herberge, Frau Elfriede Siebrasse, wurde mit der Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.
13. Im Streit um den Standort der Müllverbrennungsanlage hat der NRW-Umweltminister Klaus Mathiesen der Stadt Gütersloh die Änderung eines Bebauungsplanes untersagt. Gütersloh hatte das Gelände an der B 61/Hülsbrockstraße für eine MVA sperren wollen.
17. Eine Lichterkette auch in Gütersloh: Zwischen 3000 und 5000 Menschen demonstrierten gegen Rassismus und Gewalt.
22. Das Fachwerkhaus Mauerstraße 11, aus dem 18. Jahrhundert stammend, ist ab sofort denkmalgeschützt. Das Verwaltungsgericht in Minden hat den Widerspruch der Eigentümer zurückgewiesen.
25. Ab heute nimmt das Gefängnis in Gütersloh abgelehnte Asylbewerber als „Abschiebehäftlinge“ auf.

Februar 1993

1. Das neue Frauenförderprojekt „Zurück in den Beruf“ nahm seine Arbeit auf.
15. Der Werksausschuß bewilligte weitere 1,2 Millionen Mark für die Sanierung des alten Gaswerkgeländes an der Dattropstraße. Insgesamt werden die Kosten 3 Millionen Mark erheblich überschreiten.
17. 100 Jahre besteht heute das Feinkostgeschäft Heidland in der Hohenzollernstraße.
18. Auf neuer Frequenz 107,5 MHz sendet Radio Gütersloh. Bessere Empfangsqualität im Kreis wird erwartet.
19. Erster Spatenstich durch Bundesumweltminister Prof. Töpler für das neue Energiezentrum der Firma Mohndruck: Alle Umweltwerte sollen besser werden.

März 1993

2. Im früheren Opitz-Haus am Berliner Platz öffnete das neue Kaufhaus Kiesel seine Pforten. Die Selbständigkeit dauerte allerdings nur bis Ende August.
4. Mit einer jährlichen Mehrbelastung von 9 Millionen Mark durch den Solidarpakt und Transferzahlungen in den Osten der Bundesrepublik rechnet Stadtkämmerer Dr. Wigglinghaus.
27. Ratsherr Werner Bethlehem, neben seiner politischen Tätigkeit in vielen Ämtern der evangelischen Kirche, des Sports und der Heimatpflege bewährt, erhielt das Bundesverdienstkreuz.
30. Abschiedsparade der Royal Air Force auf dem Gütersloher Flughafen mit hochrangigen Gästen nach 48 Jahren: Zukünftig heißt der Flughafen „Princess Royal Barracks“ nach der Prinzessin Anne, Tochter der britischen Königin.

April 1993

1. Frau Cornelia Schulte trat ihren Dienst als neue Chefredakteurin von Radio Gütersloh an, Heinrich Lakämper-Lührs den als Leiter des Stadtmuseums. – Hans Meyer, langjähriger Leiter des Jugendamtes der Stadt Gütersloh, ging nach 45 Jahren im Dienst der Stadt in den Ruhestand.
24. Zuerst in einer Sondersammlung, in Zukunft regelmäßig werden die gelben Säcke mit Wertstoffen gesammelt. Bald allerdings beginnen die Schwierigkeiten mit der Betreiberin DSD Duales System Deutschland.
29. Im Alter von 63 Jahren starb Frau Anne Marie Oldenburg, weit über Gütersloh hinaus bekannte und geschätzte FDP-Politikerin.

Mai 1993

1. Zum Vorsitzenden der Europa-Union im Kreisverband Bielefeld/Gütersloh wurde Dipl.-Ing. Ludger Kaup gewählt.
7. In einem großen Volksfest auf dem Theodor-Heuß-Platz an der Stadthalle wurden die dem Unternehmer Reinhard Mohr zum 70. Geburtstag geschenkten Brunnenfiguren der Öffentlichkeit übergeben.
8. Frau Gerda Franzen, lange Jahre Dolmetscherin auf dem Flughafen Gütersloh und sehr um die deutsch-britische Freundschaft verdient, erhielt den Orden „Member of the Order of the British Empire“. – „Waste Management“, Betreiber der gegen den Willen der Stadt Gütersloh an der Hülsbrockstraße geplanten Müllverbrennungsanlage, eröffnete ein Informationsbüro. Währenddessen geht die Diskussion, ob nicht die „Thermoselect“-Anlage ökologisch und ökonomisch günstiger ist, weiter.
13. Letzter Tag für das „bambi“-Kino, Treffpunkt der Gütersloher Filmfreundinnen und -freunde seit 1964. Ein neues „bambi“ entsteht im Komplex der „Alten Weberei“.
14. 354 junge Rekruten der Bundeswehr legten vor dem Generalinspekteur Naumann ihr Gelübnis ab.

Juni 1993

4. Heinz Wellerdiel erhielt den nordrhein-westfälischen Landesorden für seine Verdienste um den Radsport, besonders bei der Betreuung Jugendlicher.

8. Das „Bündnis gegen Rassismus“ rief zu einer Demonstration gegen den „Rassismus der Schreibtischler und Nazis“ auf.
13. Auch der Ortsverein Gütersloh der SPD beteiligte sich an der Wahl des neuen Parteivorstehenden. 38,5% der Mitglieder sprachen sich für Gerhard Schröder aus, 32% für Heidemarie Weczorek-Zeul und 29,1% für Rudolf Scharping. Mit 60% war die Wahlbeteiligung unerwartet hoch.
14. Heftig protestierten im Planungsausschuß der Stadt alle Parteien gegen den geplanten Fernmeldeturm der Bundespost: 90 m hoch und 5,50 m im größten Durchmesser soll das Monstrum werden. Klagen der Stadt vor dem Verwaltungsgericht haben nicht das gewünschte Ergebnis gebracht.
15. 53 Kinder aus dem Bereich Tschernobyl kamen zu einem Erholungsurlaub nach Gütersloh: Die Kinderhilfe Tschernobyl mit dem Vorsitzenden Dieter Winkler machte es möglich.
15. – 19. Eine Visitation des Kirchenkreises Gütersloh unter Leitung des Präses Dr. Linnemann erfaßte viele Bereiche des kirchlichen und öffentlichen Lebens.
16. Nach WDR 4 ist Radio Gütersloh der erfolgreichste Hörfunksender im Kreisgebiet: Das ergab die erste Reichweitenanalyse, an der Radio Gütersloh beteiligt war.
18. Im Alter von 86 Jahren starb Wilhelm Bartling, Mitbegründer und viele Jahre Haupt-Akteur der plattdeutschen Lesestunden des Heimatvereins.
19. Die Europäische Kulturwoche 1993 wurde eröffnet. Die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen waren das Thema dieses Jahres.
26. Im Rahmen der Abiturientenentlassung des Evangelisch-Stiftischen Gymnasiums legte Sigbert Mohn nach 32 Jahren Mitgliedschaft den Vorsitz im Kuratorium, dem Träger der Schule, nieder. Sein Nachfolger ist Dr. Ulrich König.

Juli 1993

1. Ab heute gelten die neuen Postleitzahlen: 33330, 33332, 33334 und 33335 heißen sie für die Teile des Stadtgebietes, 33241 bis 33282 für die Postfächer.
2. Ehrenmitglied des Staatstheaters Meiningen wurde Frau Eva Höning, viele Jahre um die Schauspielkunst in Gütersloh verdient.
5. Ein weiteres Anwachsen der Bevölkerung auf 91.076 Einwohner am 30. Juni (nach 90.286 am 31. 12. 1992) stellte Stadtdirektor Dr. Wixforth im Hauptausschuß der Stadt fest. Die Zahl der genehmigten und der fertiggestellten Wohnungen stieg von 407 auf 639 an. Dennoch stieg die Zahl der wohnungssuchenden Haushalte von 1200 auf 1268, ein Drittel der Wohnungssuchenden sind Spätaussiedler.
14. An der Bogenstraße im Bereich der Alten Weberei öffneten die Kinos „Bambi“ und „Löwenherz“, Ersatz für das alte „Bambi“.
22. Das erste deutsche Zivillflugzeug nach dem Abzug der RAF landete auf dem Gütersloher Flughafen.
31. Die Hauptschule Avenwedde-Spexard schloß.

August 1993

25. Die Vertreterversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Gütersloh beschloß, sich im nächsten Jahr mit fünf anderen AOKs in Ostwestfalen-Lippe zusammenzuschließen. Die Landesregierung will allerdings nur noch zwei Verbände im Land. Auf jeden Fall wird das für 34,4 Millionen Mark errichtete neue Gebäude am Wasserturm zu groß sein.
31. Immer neue Stellungnahmen zum Problem der Müllbeseitigung. Umweldozent Michael Hammon glaubt noch an eine Chance für den Gelben Sack, andere Fachleute sehen den Zusammenbruch des Systems als unmittelbar bevorstehend an. Auch die Frage, wie Abfall verbrannt werden soll (Müllverbrennungsanlage), ist noch nicht entschieden. Die Befürworter des neuen „Thermoselect“-Systems empfehlen ihr Verfahren als effektiver und schonend für die Umwelt. Auch ein Angebot, Gütersloher Müll in der Bielefelder Verbrennungsanlage zu entsorgen, liegt vor.

September 1993

1. Ab heute ist die Polizei im Kreis und in der Stadt Gütersloh neu organisiert. Die Stadt hat eine eigene Inspektion.
2. Die Demontage des Spexarder Bauernhauses von 1536 begann. Am neuen Standort an der Lukasstraße soll es allen Spexarder Vereinen und Initiativen offenstehen.
8. Christchurch (Neuseeland) und Phoenix (USA) sind die beiden Städte, die von der Carl-Bertelsmann-Stiftung mit je einem halben Preis für „Demokratie und Effizienz in der Kommunalverwaltung“ ausgezeichnet wurden.
12. Der in fast ganz Europa begangene „Tag des Denkmals“ bot auch in Gütersloh die Chance, sonst verschlossene Denkmäler zu besichtigen.
16. 68,8% des Kapitals der Bertelsmann AG, mehr als 5 Millionen Mark, wurden an die gemeinnützige Bertelsmann-Stiftung übertragen.

28. Die neue Kompostieranlage der Stadt Gütersloh am Stellbrink, 17 Millionen Mark teuer, läuft; bei den ersten Analysen des Fertigprodukts sind die Resultate gut.

Oktober 1993

21. Als erste einer Reihe von Ausstellungen über die Geschichte der Gütersloher Ortsteile eröffnete das Stadtmuseum eine Ausstellung „Bauerschaft Blankenhagen“.

23. Das Wohnheim Kiebitzhof der Werkstatt für Behinderte im Kreis Gütersloh wurde eingeweiht. 28 Bewohner finden dort Platz.




SIE WERDEN AUGEN MACHEN

Kunst und Kultur gehören zu den schönsten Seiten und kostbaren Werten unseres gesellschaftlichen Lebens. Ihnen verdanken wir immer wieder neue sehens- und hörens- und erlebnisreiche Erlebnisse.

Mit unserem Engagement wollen wir der Kunst und Kultur in

unserer Region neue Impulse geben. Unsere Förderungsmaßnahmen, wie z. B. Ausstellungen, Dichterlesungen und Konzerte, geben talentierten Künstlern die Gelegenheit, sich vor einem breiten Publikum zu profilieren.

Herausgeber: Heimatverein Gütersloh e.V., 1. Vorsitzende Renate Horstmann, Hardenbergstraße 7, 33332 Gütersloh, Telefon (05241) 42 12. Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dieter Knobelsdorf. Mitarbeiter: Manfred Beine, Ahornweg 22, 33428 Harsewinkel; Rudolf Herrmann, Dorotheenstraße 32, 33332 Gütersloh; Dr. Hans Hüb, Jägerstraße 16, 33330 Gütersloh; Heinrich Lakämper-Löhns, Stadtmuseum Gütersloh, 33330 Gütersloh; Eckhard Möller, Stadthistoriker, Stadt Harsewinkel, 33428 Harsewinkel; Günter Schmaekens, Steinenweg 4, 33332 Gütersloh; Otto Walger, Wilhelmstraße 60, 33332 Gütersloh; Peter Walkenhorst, Sonnenweg 21, 33332 Gütersloh; Dieter Knobelsdorf, Eickhoffstraße 7, 33330 Gütersloh. Zuschriften können an den Herausgeber gerichtet werden. Für den Inhalt der Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Quellenhinweis und Genehmigung des Herausgebers oder der Redaktion. Verlag: Pötmann Verlag GmbH, Postfach 1653, 33426 Gütersloh, Telefon (05241) 8608-0. Herstellung: Druckhaus Pötmann GmbH, Berliner Straße 63, 33330 Gütersloh.

Sparkasse Gütersloh 

Ein Unternehmen der -Finanzgruppe

Wir machen den Weg frei

**Mitgliedschaft -
vom Kunden zum
Bankteilhaber.**

Rund 12 Millionen Menschen in Deutschland haben mehr von ihrer Bank: Sie sind Teilhaber und damit gleichberechtigtes Mitglied einer traditionell zukunftsorientierten Gemeinschaft. Werden Sie es auch.



v x Volksbank Gütersloh eG